Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Plenarprotokoll
17/138
10.08.2021

138. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Dienstag, 10. August 2021

Mitteilungen des Präsidenten 3

Normalität braucht Verantwortung – die Pandemie gemeinsam besiegen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14797 3

Ministerpräsident Armin Laschet 3
Thomas Kutschaty (SPD) 6
Bodo Löttgen (CDU) 10
Josefine Paul (GRÜNE) 13
Christof Rasche (FDP) 17
Markus Wagner (AfD) 20
Minister Dr. Joachim Stamp 22

Ergebnis 25

Entschuldigt waren:

Minister Lutz Lienenkämper

Jörg Blöming (CDU)
Florian Braun (CDU)
Guido Déus (CDU)
Katharina Gebauer (CDU)
Gregor Golland (CDU)
Wilhelm Hausmann (CDU)
Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)
Jens Kamieth (CDU)
Oliver Kehrl (CDU)
Wilhelm Korth (CDU)
Oliver Krauß (CDU)
Ralf Nettelstroth (CDU)
Peter Preuß (CDU)
Charlotte Quik (CDU)
Jochen Ritter (CDU)
Hendrik Schmitz (CDU)
Marco Schmitz (CDU)
Thomas Schnelle (CDU)
Christina Schulze Föcking (CDU)
Daniel Sieveke (CDU)
Raphael Tigges (CDU)
Dr. Christian Untrieser (CDU)
Margret Voßeler-Deppe (CDU)
Simone Wendland (CDU)

Britta Altenkamp (SPD)
Volkan Baran (SPD)
Jürgen Berghahn (SPD)
Andreas Bialas (SPD)
Rainer Bischoff (SPD)
Sonja Bongers (SPD)
Martin Börschel (SPD)
Professor Dr. Bovermann (SPD)
Anja Butschkau (SPD)
Christian Dahm (SPD)
Georg Fortmeier (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Heike Gebhard (SPD)
Gabriele Hammelrath (SPD)
Michael Hübner (SPD)
Hans-Willi Körfges (SPD)
Andreas Kossiski (SPD)
Hubertus Kramer (SPD)
Carsten Löcker (SPD)
Eva Lux (SPD)

Alexander Brockmeier (FDP)
Claudia Cormann (FDP)
Jörn Freynick (FDP)
Martina Hannen (FDP)
Stephen Paul (FDP)

Berivan Aymaz (GRÜNE)
Sigrid Beer (GRÜNE)
Oliver Keymis (GRÜNE)
Johannes Remmel (GRÜNE)
Norwich Rüße (GRÜNE)

Roger Beckamp (AfD)
Dr. Christian Blex (AfD)
Dr. Martin Vincentz (AfD)
Gabriele Walger-Demolsky (AfD)

Frank Neppe (fraktionslos)
Marcus Pretzell (fraktionslos)

Beginn: 09:00 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 138. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt den Gästen auf der Zuschauertribüne, den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Geburtstag hat heute der geschätzte Kollege Bernd Krückel von der Fraktion der CDU. Herzlichen Glückwunsch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich darauf hinweisen, dass der Ministerpräsident gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 21 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung mit Schreiben vom 2. August 2021 für die Landesregierung die Einberufung des Landtags zur heutigen Sitzung beantragt. Diesem Antrag habe ich am 2. August 2021 entsprochen.

Ich rufe somit den einzigen Tagesordnungspunkt auf:

Normalität braucht Verantwortung – die Pandemie gemeinsam besiegen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14797

Der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 4. August 2021 unter Bezugnahme auf das Schreiben des Ministerpräsidenten vom 2. August 2021 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zu dem genannten Tagesordnungspunkt zu unterrichten. Die Unterrichtung durch die Landesregierung erfolgt durch Herrn Ministerpräsidenten Laschet. Damit erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Laschet das Wort. Bitte schön.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Beginn der Pandemie schauen wir auf Zahlen und Kurven, und wir alle wissen, dass die Pandemie in Wellen verläuft. Wir alle wissen auch nur zu gut, wie schwierig es war und welche großen Kraftanstrengungen erforderlich waren, um die bisherigen drei Wellen zu brechen.

Wir alle haben Opfer bringen müssen. Viele, die krank waren, sind noch nicht wieder gesund. Viele andere kämpfen wiederum mit den Folgen der Maßnahmen. Obwohl wir alles getan haben, was wir tun konnten, sind auch viele gestorben; ihrer haben wir im Juni hier im Landtag in einer Gedenkstunde gemeinsam gedacht.

Wenn wir auf die vergangenen eineinhalb Jahre zurückblicken, sehen wir aber auch: Es ist uns mit einer großen Gemeinschaftsleistung dreimal gelungen, die Welle zu brechen und damit Krankheit, Leid und Tod aufzuhalten.

Aktuell erleben wir wieder die Situation steigender Infektionszahlen. Die Sieben-Tage-Inzidenz liegt heute bei 34,9, und sie steigt sogar früher und schneller als im vergangenen Sommer. Mit den Zahlen wächst natürlich auch die Sorge vor einer vierten Welle. Wir müssen also vorsichtig bleiben.

Viele Menschen haben jetzt die Befürchtung, dass nun alles wieder von vorne beginnt, und ich sage ihnen: Wir wollen, müssen und werden einen neuen Lockdown verhindern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Coronavirus hat nichts von seiner Gefährlichkeit verloren. Die Folgen können gerade für Menschen, die nicht geimpft sind, weiterhin verheerend sein. Auch die Nicht-Geimpften können unser Gesundheitssystem an die Grenze der Belastung bringen.

Wir stehen heute jedoch an einem anderen Punkt in der Pandemie: Wir haben viel mehr Erfahrungen im Umgang mit dem Virus, wir wissen mehr über seine Verbreitung und seine Bekämpfung, und wir haben vor allem wirksame Impfstoffe. Doch auch, wenn wir an einem anderen Punkt in der Pandemie stehen, ist es entscheidend, dass wir weiterhin besonnen, nicht leichtfertig und entschlossen handeln. Für die heutige Konferenz der Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen habe ich deshalb fünf Punkte vorgeschlagen, die die vierte Welle brechen und uns in eine verantwortungsvolle Normalität führen können.

Erstens. Wir brauchen eine Ausweitung der Testpflichten.

Zweitens. Wir brauchen klare Anreize für die Impfung, etwa durch die Ausnahme von der Testpflicht einerseits und die Kostenpflicht der Tests andererseits.

Drittens. Wir brauchen eine Impfoffensive.

Viertens. Wir brauchen eine bessere Erfassung des Pandemiegeschehens nicht nur an Inzidenzen gemessen.

Fünftens. Wir brauchen eine Verlängerung der epidemischen Lage, um die Instrumente, die wir im Land durch das Bundesgesetz nutzen, weiterhin anwenden zu können.

Für diese fünf Punkte wird sich Nordrhein-Westfalen, werde ich mich in den heutigen Beratungen einsetzen.

Ich möchte diese Punkte noch einmal erläutern.

Erstens. Wir müssen früher und mehr testen, statt wieder zu schließen. Gerade in den vergangenen Monaten haben wir gesehen: Auch in Zeiten von Corona ist vieles möglich, wenn sich alle an die Hygieneregeln halten und Tests weit verbreitet sind; wir in Nordrhein-Westfalen haben unter den deutschen Bundesländern mit die meisten Teststellen und die höchste Anzahl von Testungen. Diese Freiheit wollen und müssen wir bewahren, und wir können sie bewahren, indem wir weiter auf den Dreiklang „geimpft, genesen oder getestet“ setzen. Für denjenigen, der geimpft, genesen oder getestet ist, darf es vonseiten des Staates keine weitreichenden Einschränkungen jenseits der allgemeinen Vorsichtsmaßnahmen mehr geben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zugleich heißt das: Wer nicht geimpft oder genesen ist, muss getestet sein. Genau das ist der Umkehrschluss. Dem Geimpften kann man keine Grundrechtseingriffe mehr zumuten. Wer sich hingegen nicht impfen lässt, muss eben den Test in Anspruch nehmen.

Gerade dort, wo Menschen für längere Zeit in einem Innenraum auf fremde Menschen treffen, brauchen wir mehr Tests. Wir wollen und werden deshalb mehr testen, um einen erneuten Lockdown zu verhindern. Das ist auch bisher unsere bewährte Linie. Wir haben immer schon auf Testen statt Schließen gesetzt – wir haben das, obwohl wir oft dafür gescholten wurden, in Kaufhäusern früher möglich gemacht als anderswo –, denn derjenige, der getestet ist, ist ein Beitrag zu mehr Sicherheit gegen das Virus.

Zweitens. Wir brauchen klare Anreize für das Impfen. Das Impfen ist der beste Schutz und der schnellste Weg aus der Pandemie, und er ist ein Akt des Eigenschutzes und der Solidarität. Klar ist: Jeder Mensch kann frei entscheiden, ob er sich impfen lassen will oder nicht, denn wir haben keine Impfplicht. Das heißt, dass wir akzeptieren müssen, dass es Menschen gibt, die sich nicht impfen lassen. Genauso klar ist jedoch: Entscheidungen haben immer Konsequenzen. Wer also auf eine Impfung verzichtet, muss sich darüber im Klaren sein, dass er Gefahr läuft, früher oder später infiziert zu werden.

Keine Impfung bedeutet ein höheres Risiko für einen schwereren Verlauf. Zudem gibt es nicht nur die eigene Freiheit, sondern auch die Freiheitsrechte der anderen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Geimpfte dürfen keine Nachteile erfahren, nur weil einige zu bequem sind, sich impfen zu lassen. Deshalb gilt: Wer geimpft ist, bleibt von der Testpflicht ausgenommen.

Außerdem müssen die Tests bald wieder selbst bezahlt werden. Es ist nicht akzeptabel, wenn sich jemand nicht impfen lässt, obwohl ein Impfangebot vorhanden ist, und sich den Test dann noch von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bezahlten lässt. Man braucht jetzt eine Übergangsfrist, und deshalb geht heute das Signal aus: In acht Wochen, Anfang Oktober, wird für jeden Test bezahlt werden müssen. Auch das ist die Logik von Freiheit und Verantwortung, die sich hier widerspiegelt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Helmut Seifen [AfD]: Sie sollten mal Staatsphilosophie studieren! – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Drittens. Ich bin davon überzeugt, dass das Impfen der schnellste und sicherste Weg aus der Pandemie ist. Von der MPK muss deshalb heute noch einmal ein großer und geschlossener Impfapell ausgehen.

Wir haben versprochen: Bis zum Ende des Sommers wird jeder ein Impfangebot erhalten. – Dieses Versprechen konnten wir Ende Juli einlösen. Inzwischen sind zwei von drei Menschen in Nordrhein-Westfalen geimpft; deutlich mehr als 50 % haben den vollen Impfschutz. Nordrhein-Westfalen ist bei den Erst- und Zweitimpfungen in der absoluten Spitzengruppe, was zeigt, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen Solidarität gegenüber anderen empfinden.

Die Situation heute ist anders als im Frühjahr. Impfstoff war damals ein knappes Gut. Viele haben damals gefragt: Wann bin ich endlich an der Reihe? – Das alles ist fast schon vergessen: die Diskussionen darüber, wer in die erste oder die zweite Prioritätsgruppe kommt, ob Hausärzte dazukommen, wie der Mangel in dieser Zeit noch vor wenigen Monaten verwaltet werden musste.

Inzwischen gibt es überall Impfmöglichkeiten: Meist noch am gleichen Tag kann man ins Impfzentrum oder zum Arzt gehen und sich impfen lassen. Auch das ist ein Luxus mit Blick auf viele andere Länder in der Welt. Wer den nicht in Anspruch nimmt, dem muss man einfach sagen: Du nutzt nicht deine Möglichkeiten. – Den wollen wir dazu bewegen, sich jetzt zu entscheiden.

Wer sich grundsätzlich nicht impfen lässt, den können wir auch mit noch so guten Angeboten nicht erreichen. Mein Eindruck ist aber, dass manche Leute sagen: Bisher hatte ich keine Gelegenheit oder habe mir die Mühe nicht gemacht. – Wenn man dann ein Angebot macht, nehmen sie es an. Ich glaube, wir brauchen noch viele kreative Ideen.

Die Fußballbundesliga hat dazu aufgerufen, dass beim Bundesligastart überall rund um die Stadien Impfangebote gemacht werden sollen. Ich habe mir erzählen lassen, dass der BVB jedem ein Impfangebot machte, der sich dann mit dem DFB-Pokal fotografieren lassen durfte. Selbstverständlich kann nicht jeder Verein in Deutschland den DFB-Pokal anbieten,

(Vereinzelt Heiterkeit)

aber es gibt sehr viele Möglichkeiten, zum Beispiel in Klubs. Karl-Josef Laumann ist in die Jobcenter gegangen; das war ein großes Angebot, das sehr stark angenommen worden ist. Wir gehen in die Universitäten, denn ich will auch, dass das Wintersemester wieder in Präsenz stattfindet. Das ist eine ganz wichtige Frage für Bildung und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nun eine ganz erfreuliche Nachricht: Wir erinnern uns alle an Köln-Chorweiler mit einem Inzidenzwert von 600, während in Köln-Hahnwald – ein besseres Viertel der Stadt – der Inzidenzwert bei 0 lag. In den letzten Tagen lag der Inzidenzwert in Köln-Chorweiler bei 0. Es geht: Wenn Angebote da sind, nehmen Menschen diese Angebote an.

Deshalb brauchen wir mehr Angebote in Jobcentern, Fußballstadien, auf Wochen- und Trödelmärkten, in Bahnhöfen, Flughäfen und auf Autobahnraststätten. Viele Arbeitgeber machen inzwischen Angebote. Es ist jetzt an der Zeit, an Schub zuzulegen und noch einmal den Impfturbo zu zünden, damit wir im Herbst und Winter gut vorbereitet sind.

Es ist uns auch wichtig, Kindern und Jugendlichen ab zwölf Jahren ein Impfangebot zu machen; das haben wir in Nordrhein-Westfalen vor wenigen Wochen in den Impfzentren – mit Beratung durch Kinderärzte und bei Zustimmung der Eltern – eingeführt. Dem hat sich inzwischen auch die Gesundheitsministerkonferenz bundesweit angeschlossen.

Ich sage aber auch: Die STIKO empfiehlt grundsätzlich, dass sich Eltern von Kinder- und Jugendärzten beraten lassen sollen. In unserer STIKO sind Spitzenwissenschaftler. Die Politik sollte nicht auf deren Entscheidungen Einfluss nehmen, sondern respektieren, was die STIKO sagt. Deshalb lautet unser Weg: Angebote machen, aber keinen Impfdruck auf 12- bis 17- und 18-Jährige ausüben.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das ist unser Prinzip in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die jetzt entscheidenden Impfungen finden in der Altersgruppe der 18- bis 59-Jährigen statt. Während wir bei den Über-60-Jährigen eine Impfquote von 85 % haben, liegt sie bei den 18- bis 59-Jährigen deutlich darunter: Nur jeder Zweite ist vollständig geimpft. Auf diese Altersgruppe kommt es jetzt an.

Viertens. Differenzierte Erfassung des Pandemiegeschehens. Wie ich eingangs bereits gesagt habe, stehen wir an einem Punkt, an dem wir erkennen, dass der Inzidenzwert alleine seine Aussagekraft verloren hat. Bislang orientierten sich unsere Maßnahmen einzig und allein an dem Indikator des Sieben-Tage-Inzidenzwerts.

Der Inzidenzwert bleibt wichtig und zeigt, wie sich das Infektionsgeschehen entwickelt. Infektion und Erkrankung lassen sich nicht entkoppeln, doch mit zunehmender Impfquote müssen wir ein breiteres Spektrum berücksichtigen. Auf Grundlage verschiedener Indikatoren wie der Krankenhausbelegung und dem Impffortschritt gibt es deshalb jetzt einen klaren Mechanismus, der weiterentwickelt werden muss.

Ziel ist und bleibt es, notwendige Schutzmaßnahmen zu ergreifen und zugleich Freiheitsrechte so weit wie möglich beizubehalten. Wir werden heute einen ersten Vorschlag bekommen, der Hospitalisierung, Impfquote und Inzidenzwert berücksichtigt.

Das reicht aber noch nicht aus; das muss weiterentwickelt werden, damit wir auch in der Praxis wissen, wie man denn mit diesen drei Faktoren am Ende zu einer Entscheidung kommen kann. Ein erster Durchbruch wird am heutigen Tag gelingen, sodass wir ein breiteres Bild bekommen.

Fünftens. Der Landtag hat vor einigen Monaten die pandemische Lage aufgehoben. Das war nach unserer Rechtsordnung eine pandemische Lage, die dem Gesundheitsminister sehr viele Rechte ohne die Beteiligung des Parlaments gestattete.

Das waren andere, als die, über die wir beim Bundestag reden. Die epidemische Lage nach dem Bundesgesetz betrifft vor allem § 28a Infektionsschutzgesetz, aus dem zum Beispiel die Maskenpflicht, die Kontaktnachverfolgung und die Pflicht zur Einhaltung von Hygienekonzepten für unser Landesrecht abgeleitet und geregelt werden können.

Es ist hilfreich und richtig, wenn wir diese Instrumentarien auch über den 13. September hinaus haben. Die Einreiseverordnung und manch anderes sind inzwischen gesetzlich geregelt und können anders gemacht werden. Wir brauchen aber für die Instrumente, die wir haben, die Erklärung der epidemischen Lage durch den Deutschen Bundestag.

Das wird im Bundestag noch einmal zu kontroverseren Debatten führen; unsere beiden Parteien der Koalition sind im Bund unterschiedlicher Meinung. Es geht um die Frage: Wie viele Rechte gibt das Parlament ab? Wie viele Rechte gibt man der Regierung und den Ländern? Braucht man jedes Mal ein eigenes Gesetz, das vom Parlament beschlossen wird? Damit wir unsere Verordnung nutzen können, plädiere ich aus Sicht des Landes dafür, dass die epidemische Lage in der Sondersitzung des Bundestages am 7. September verlängert werden kann.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das können Sie doch hier vorschlagen!)

Verantwortungsvolle Normalität heißt auch: Wir wollen, dass der Unterricht der Kinder nach den Ferien in Präsenz stattfindet. Das ist eine ganz wichtige Aussage.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Kultusminister haben deshalb gemeinsame Maßnahmen verabredet, um einen sicheren Schulbetrieb zu ermöglichen. Zum Schulstart werden wir ähnlich wie im letzten Jahr unmittelbar nach den Urlaubsreisen wieder Maskenpflicht im Unterricht in allen Klassen haben.

(Zuruf)

Wo nötig werden Luftfiltergeräte genutzt, für die wir viel Geld bereitgestellt haben, von dem viele Kommunen auch Gebrauch gemacht haben. Wir werden unser bewährtes innovatives Konzept der PCR-Lollitests für die Schülerinnen und Schüler, die wir seit Mai einsetzen, fortsetzen, wobei das RKI den Einsatz der PCR-Lollitests in Nordrhein-Westfalen in der Konferenz aller 16 Bundesländer ausdrücklich gelobt hat. Damit können wir einen sicheren Schulstart gewährleisten.

Die Gesundheitsminister beraten derzeit noch darüber, welche Quarantänemaßnahmen notwendig sind, sollte sich ein Kita- oder Schulkind infizieren. Unser Ziel ist es, möglichst nicht mehr ganze Gruppen und Klassen in Quarantäne zu schicken, wenn ein einziges Kind positiv getestet worden ist. Daran arbeiten wir noch, aber das ist das Ziel, um Unterricht zu garantieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe die Hochschulen und Universitäten schon erwähnt. Viele Studentinnen und Studenten haben seit mehreren Semestern keine Präsenzveranstaltungen mehr besucht, während der Pandemie auf viel verzichten müssen. Aktuell gibt es in den meisten Universitäten gezielte Impfangebote für Studierende. Sie können auch in die Impfzentren gehen, auch wenn sie keinen Hausarzt haben. Das ist wichtig, damit wir die Präsenz auch hier zu Beginn des Wintersemesters Mitte Oktober garantieren können.

Unsere größte Aufgabe bleibt es, mit dem Virus zu leben. Jede und jeder kann dabei Verantwortung tragen, kann seinen Beitrag leisten für sich und andere. Normalität braucht Verantwortung genauso wie Zusammenhalt und Verständnis füreinander.

Unser gemeinsames Ziel haben wir klar vor Augen: Menschenleben schützen, Normalität leben. Den Weg dahin werden wir nur gemeinsam gehen können. Der Weg muss geprägt sein von dem, was eigentlich im Freiheitsbegriff immer schon enthalten war: Verantwortung ist mit Freiheit verbunden, und auch Solidarität ist immer auch auf Freiheit bezogen. Das sind meistens theoretische Debatten. Hier, beim Impfen, beim Umgang mit der Pandemie, können wir tagtäglich im Alltag mal beweisen, was eigentlich Freiheit, Solidarität und Verantwortung bedeuten. Das ist die Aufgabe sowohl der Beschlüsse von heute als auch der nächsten Monate. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty*) (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die bundesweite Inzidenz liegt heute bei 23,5, in Nordrhein-Westfalen liegen wir leider bei 34,9, rund 50 % über dem Bundesdurchschnitt. Das ist kein guter Wert.

Ich bitte darum, dass wir uns alle in Erinnerung rufen: Dieser Wert, der ermittelt worden ist, bezieht sich auf alle Menschen in Nordrhein-Westfalen oder in Deutschland, egal, ob geimpft oder ungeimpft. So dürfen wir davon ausgehen, dass der Inzidenzwert bei den Ungeimpften in Nordrhein-Westfalen im Augenblick bei über 70 liegt. Von Ungeimpften gehen also zurzeit durchaus größere Gefahren aus.

Nordrhein-Westfalen steht gerade nicht besonders gut da. Unsere Ferien sind noch gar nicht zu Ende, und die Gefahr der Ansteckungen durch Reiserückkehrer steht uns erst noch bevor. Wir können – da sind wir gar nicht auseinander – und sollten auch darüber reden, welche Aussagekraft diese Zahlen, diese reinen Inzidenzwerte eigentlich noch haben.

Doch vor einem warne ich sehr deutlich: Diese Zahlen zu ignorieren, wäre gefährlich.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte nach wie vor wissen, wer sich infiziert hat.

Auf der anderen Seite nähern wir uns der Marke von zwei Dritteln der Erstimpfungen. Gut die Hälfte hat schon den vollständigen Impfschutz. Diese Zahlen sind gut, aber sie könnten sicherlich noch deutlich besser sein.

Ehrlich gesagt, ich persönlich hätte erwartet, dass sich mehr Menschen impfen lassen. Aber es gibt ganz offensichtlich eine beachtliche Gruppe und Anzahl von Menschen in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland, die eine Impfung nicht wollen. Das müssen wir als freie Gesellschaft akzeptieren. Jeder Mensch muss diese Entscheidung persönlich für sich treffen können. Es ist nicht die Aufgabe des Staats, den Menschen diese Entscheidung abzunehmen. Deswegen hat eine Debatte über eine Impfpflicht der Steigerung der Impfquote auch einen Bärendienst erwiesen.

Noch einmal in aller Deutlichkeit: Wir lehnen jede Form von Impfpflicht – auch durch die Hintertür – ab. Niemand wird gezwungen, sich impfen zu lassen. Und natürlich müssen auch ungeimpfte Menschen die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Das ist für mich selbstverständlich. Das heißt aber im Gegenzug nicht, dass Ge-

impfte und Ungeimpfte immer und überall gleich behandelt werden müssen.

Wenn zum Beispiel große Touristikkonzerne ankündigen, dass sie ab Herbst ihre Hotels nur noch für Geimpfte öffnen oder Sportvereine ankündigen, dass Zuschauerinnen und Zuschauer nur noch als geimpft oder genesen ins Stadion kommen können, dann ist das die freie Entscheidung freier Unternehmer und Vereine. Ich halte das für in Ordnung. Warum sollte der Staat sich ausgerechnet hier einmischen?

Unsere Aufgabe als Staat ist es hingegen, dafür Sorge zu tragen, dass alle, die geimpft werden wollen, auch geimpft werden können. Das hat bislang in unseren Impfzentren gut funktioniert, und das funktioniert auch weiterhin.

Gestern hat der CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak erklärt, dass klar sei, dass Geimpfte Vorteile haben. Ich will dieser Formulierung mit aller Deutlichkeit widersprechen. Wenn wir Einschränkungen für Geimpfte zurücknehmen können, können diese Menschen wieder ihre grundrechtlichen Freiheiten nutzen. Das ist kein Vorteil, sondern für uns eine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wir nehmen nur Grundrechtseinschränkungen zurück; denn Impfen führt zur Normalität. Deswegen ist Impfen für uns als Gesellschaft auch so wichtig. Ich habe mich ja nicht nur impfen lassen, um selbst geschützt zu sein, sondern gerade auch, um andere zu schützen. Geimpfte Menschen sind weniger ansteckend.

(Helmut Seifen [AfD]: Quatsch!)

Das ist übrigens nicht Willkür, es ist die Grundlage zur Begrenzung der Freiheiten auch für Ungeimpfte, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sich impfen zu lassen, ist in unserem Land ein Ausdruck von Solidarität.

Wir wissen doch bereits heute, dass wir schon in wenigen Wochen mit den Drittimpfungen anfangen müssen, gerade für ältere und erkrankte Menschen. Alle Expertinnen und Experten raten dazu. Ausgerechnet zu Beginn dieser wichtigen Phase der kurz bevorstehenden Drittimpfung kommt die Idee aus Nordrhein-Westfalen, auch die Impfzentren zum 30. September schließen und abbauen zu wollen. Logisch ist das nicht.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Doch!)

Vernünftig ist es übrigens auch nicht.

Ich möchte nur daran erinnern, was der Ministerpräsident vor einigen Wochen zu bestimmten Bevölkerungsgruppen gesagt hat und gerade, was den Bereich der Studierenden anbelangt, hier und heute wiederholt hat: Es gibt bestimmte Menschen, die keinen automatischen direkten Zugang zu einem Hausarzt oder zu einem Betriebsarzt haben. Das sind vielleicht Rentnerinnen und Rentner, die keinen Betriebsarzt haben, aber es sind auch Studierende, die bedingt durch Umzüge zum Studieren auch keinen regelmäßigen Hausarztbezug haben.

Sie haben es gerade selbst genannt. Warum wollen Sie jetzt Impfzentren schließen? Wohin gehen diese Menschen dann zur Drittimpfung? Das Schlimmste wäre doch, wenn diese Menschen eine Drittimpfung erst gar nicht in Anspruch nehmen, und das ist die Gefahr, wenn wir den Zugang zu Impfungen erschweren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Wir können darüber diskutieren, ob wir zukünftig Impfzentren in Kommunen noch in dieser Größe und in dieser Dimension weiterhin brauchen. Aber wenn wir uns Gedanken machen, diese großen Impfzentren vielleicht zu reduzieren, dann doch nur, wenn wir uns im Gegenzug auch Gedanken machen über mobile Impfteams, die wir in alle Stadtteile schicken, gerade in die schwierigen und problematischen Viertel. Mit viel Einfühlungsvermögen, Sachkompetenz, objektiver Aufklärung ist das in einigen Kommunen vorbildlich gelungen. Doch das kann nicht jede Kommune organisieren, das könnte man aber für ganz Nordrhein-Westfalen tun. Ehrlich gesagt: Eigentlich hätte man es schon längst organisieren müssen. Das Gegenteil ist der Fall.

Ich darf den Geschäftsführer des Städtetags Helmut Dedy zitieren, der am 4. August in der „Rheinischen Post“ sagt:

> „Wir brauchen Planungssicherheit. Sollen die Städte große Impfzentren mit Kapazitäten von mehreren Tausend Impfungen am Tag weiter vorhalten? Sollen sie mobile Impfteams für Pflegeeinrichtungen und Schulen organisieren und koordinieren? (…) Wenn das Land nicht schnell entscheidet, laufen wir Gefahr, dass die Impfkampagne weiter ins Stolpern kommt.“

Herr Laschet, ich frage Sie ganz direkt: Warum wissen unsere Städte und Gemeinden nicht jetzt schon, wie es nächsten Monat weitergehen soll? Was sollen sie denn jetzt organisieren?

(Beifall von der SPD)

Es ist doch gerade in dieser Pandemie die Pflicht des Landes, unseren Kommunen zu helfen und sie nicht immer wieder mit kurzfristigen hektischen Entscheidungen zu konfrontieren, zu überrumpeln. Die Kommunen sind unsere wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Pandemie. Die Landesregierung behandelt sie leider nicht so, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Genau das Gegenteil ist doch der Fall. Mit der hektischen Abschaffung der Inzidenzstufe 3, die die Landesregierung relativ spontan vor einigen Wochen verkündet hat, zeigt sie doch, was tatsächlich problematisch ist. Das erfahren unsere Kommunen aus der Presse. Das wird nicht vorher mal besprochen oder mit ihnen geklärt. Was ist die Folge davon? Jetzt müssen die Kommunen wieder selbst organisieren und entscheiden, was sie bei hohen Werten machen.

Wir haben Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die den Wert von 50 überschritten haben. Wohin das führt, das haben wir doch vor der Einführung der Inzidenzstufen deutlich sehen müssen: ein Flickenteppich an Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen, Allgemeinverfügungen mit lokalen Besonderheiten. Niemand wusste mehr, was in einer Kommune, was in einem Landkreis, in einer Stadt gerade gilt. Chaos pur! Und deswegen sind doch die landesweiten Inzidenzstufen damals eingeführt worden. Herr Stamp hat sogar seinen eigenen Plan dazu vorgestellt. Da gab es damals richtig Knatsch in der Landesregierung. Aber jetzt kommt der neue Plan der Landesregierung. Die Zahlen sind demnach nur relevant, wenn sie niedrig sind.

Meine Damen und Herren, wenn die Landesregierung der Meinung ist, dass wir Inzidenzwerte alleine nicht mehr als ausschlaggebend betrachten dürfen, dann müssen wir aber das gesamte System auf den Prüfstand stellen. Dann kann man nicht nur eine Inzidenzstufe aufheben. Dann wären auch die ersten Inzidenzstufen falsch.

Aber was Sie machen, ist: Wenn die Inzidenzstufen niedrig sind, bei zehn oder bis 35, dann nehmen Sie nur diesen Wert, wenn die Zahlen steigen, dann soll dieser Wert plötzlich nicht mehr aussagekräftig sein. Das ist doch falsch. In ganz Deutschland wird gerade eine intensive Debatte geführt, welche Parameter demnächst Grundlage für unsere Entscheidungen sind. Herr Laschet, das, was Sie heute dazu gesagt haben, ist aber weder neu noch von Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Die Berücksichtigung der Krankenhausbelastungen, des Impffortschritts neben den Inzidenzwerten haben bereits im Juli die Ministerpräsidentinnen von Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern gefordert. Da haben Sie das nicht unterstützt. Und jetzt, ein paar Wochen später, heute hier, tun Sie so, als sei das Ihre Erfindung oder Ihre Idee gewesen.

Das passiert Ihnen nicht zum ersten Mal, Herr Laschet. Ich sage nur: Brücken-Lockdown. Das, was Sie hier vorgeschlagen haben, ist ein weiteres Plagiat.

(Beifall von der SPD)

Ich will deutlich machen: Wir unterstützen ausdrücklich diese Forderung, aufgebracht von den Ministerpräsidentinnen aus Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz. Die Menschen haben Anspruch, ihre grundgesetzlich gewährten Freiheitsrechte wieder zurückzubekommen.

Wenn wir diese Rechte einschränken wollen oder – besser gesagt – müssen, dann müssen wir das auf ein absolutes Minimum reduzieren. Da kann uns Wissenschaft übrigens sehr helfen. Ich habe heute noch keinen klaren Plan gehört – auch von Ihnen nicht –, wie sich ein solcher Wert berechnen soll, Inzidenzwert, Hospitalisierungsquote, Impfquote. Was multipliziere ich mit was, um zu Vergleichswerten zu kommen? Wir müssen doch bestimmte objektive Kriterien haben.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Vielleicht wäre es nicht schlecht, man würde die Wissenschaft und Expertinnen und Experten als Ratgeber dazu nehmen. Aber Sie haben ja in Nordrhein-Westfalen den Expertenrat abgeschafft,

(Beifall von der SPD)

weil Sie meinen, Sie wüssten alles. Heute sehen wir wieder, wie schwierig und problematisch das ist.

Wissenschaftliche Debatte ist anscheinend aus Sicht der Landesregierung überflüssig. Dann werden wir heute wieder erleben, dass diese Diskussion einfach über die Köpfe von uns hinweggeführt wird und am Ende deren Vorschläge einfach kopiert werden müssen. Genauso wird es heute passieren.

Ich bin ja mal gespannt – Sie haben als weiteren Punkt eine Verlängerung der pandemischen Lage auf Bundesebene vorgeschlagen –, wie sich Ihr Koalitionspartner hier dazu verhält. Herr Stamp machte ja gerade ein schmerzverzerrtes Gesicht, als Sie das gesagt haben.

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

Werden Sie sich doch bitte erst einmal hier in Nordrhein-Westfalen einig, wie Sie regieren wollen und was Sie als Landesregierung von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat möglicherweise unterstützen wollen oder nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Stattdessen führt diese Landesregierung Diskussionen über angebliche Tage der Freiheit nach britischem Vorbild, auch so ein Vorschlag von Herrn Stamp. Übrigens: Dieser Vorschlag, Tage der Freiheit einzuführen, kommt aus einem Ressort, das sich eigentlich um den Schutz der Kinder kümmern müsste.

Zur Erinnerung aller, die es anscheinend vergessen haben: Es gibt für unter Zwölfjährige keinen Impfschutz. Diese Kinder brauchen daher unseren Schutz. Das dürfen wir niemals vergessen. Dieses ständige Gerede, dass Kinder nicht ernsthaft gefährdet seien, ist wissenschaftlich überhaupt nicht mehr haltbar. Die Folgen von Long Covid kann derzeit

niemand absehen. In der Wissenschaft tut das übrigens auch keiner.

Nach neuesten Studien aus der letzten Woche leiden rund 2 % der infizierten Kinder an den Spätfolgen von Corona – 2 %, die ohne jeden Zweifel schwer erkrankt sind. Ob die Krankheit jemals komplett ausheilt, weiß derzeit niemand.

Dann ist da noch das sogenannte PIM-Syndrom, eine schwere Entzündungserkrankung, die im Zusammenhang mit Corona stark vermehrt auftritt. Dieses Syndrom ist lebensgefährlich. Wie viele Kinder sind tatsächlich gefährdet? In der Wissenschaft weiß das keiner, nur in der Politik fühlen sich manche gemüßigt, so zu tun, als wüssten sie schon alles.

Das Robert Koch-Institut wirbt in seinem Strategiepapier für den Herbst und den Winter mit der Aufforderung, Masken, Abstand und Hygiene auf jeden Fall bis ins nächste Frühjahr beizubehalten. Ich halte es für gefährlich, diese Experten zu ignorieren.

Der Moerser Lungenspezialist Dr. Thomas Voshaar, der auch die Bundesregierung berät, hat in der „NRZ“ vom 3. August zur Frage, wie ansteckend Kinder wirklich sind, klare Worte gefunden, nämlich dass wissenschaftlich überhaupt nicht geklärt sei, wie ansteckend Kinder seien. Selbst die führenden Experten wissen es nicht. Warum tun einige in diesem Haus so, als ob sie es wüssten? Ich begreife es nicht.

Welche Tage der Freiheit sollen unsere Kinder denn dann an einem solchen Tag der Freiheit feiern? – Maximal doch die Freiheit der anderen, aber nie ihre eigene Freiheit und Sicherheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich muss Ihnen sagen: Als Familienvater ist mir persönlich das zu wenig. Dieser Vorschlag der Landesregierung ist einfach nicht zu Ende gedacht.

Das ist aber leider keine Ausnahme. Nehmen wir zum Beispiel das Thema „Luftfilter“. Vor den Sommerferien war die Haltung der Landesregierung, dass das Bundesumweltamt Luftfilter angeblich gar nicht empfehlen würde. Deswegen wurde auch nicht in mobile Luftfilteranlagen investiert.

Der Haken an der Sache ist: Das stimmte nie. Das Umweltbundesamt hat in aller Deutlichkeit klargestellt, dass es sich jederzeit für den Einsatz von mobilen Luftfilteranlagen ausgesprochen hat. Danach hat der Ministerpräsident am 12. Juli hier erklärt, es werde daran gearbeitet, dass möglichst viele Luftfilter in den Schulen stehen.

Das war zu Beginn der Sommerferien. Dann gucken wir uns doch jetzt mal das Resultat dieser Ankündigung an: Am 5. August, vor wenigen Tagen erst, forderte die Kommunalministerin den Bund auf, zu klären, was gefördert wird und was nicht. Das hat erst mal drei bis vier Wochen gedauert. Nach knapp einem Monat haben wir in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich nichts zusätzlich erreicht.

Ich stelle die Frage: Warum haben wir in Nordrhein-Westfalen nicht einfach selbst Luftfilter gekauft?

(Beifall von der SPD)

Hier im Landtag stehen an allen Ecken und Enden Luftfilter. Ich gehe davon aus und hoffe zumindest, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen, die sich hier im Parlament und im Landtag aufhält, geimpft wird.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Wenn es uns gelingt, hier im Landtag Luftfilter aufzustellen, ist es unsere verdammte Pflicht, auch für Luftfilter in Schulen und Kitas zu sorgen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Der Landtag hat dieser Landesregierung einen Rettungsschirm in einem Umfang von 25 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das Geld ist da, nur die Luftfilter für Schulen und Kindertagesstätten nicht.

Diese Landesregierung hat sich in den Sommerferien wieder davon überraschen lassen, dass zum Ende der Sommerferien Corona eben noch nicht vorbei ist. Da sind sich übrigens alle Betroffenen einig. Nur eine kleine Auswahl der Stimmen:

In der „NRZ“ vom 4. August wird der stellvertretende Vorsitzende der GEW, Sebastian Krebs, zitiert. Er sagt zur Schulpolitik des Landes: Das Land hat die Hausaufgaben nicht gemacht. Es ist nichts passiert. Das Land hat keinen Plan.

Die 18-jährige Schülerin Johanna Börgermann sagt zu Ihrer Politik: Das ist ein Versagen des Landes.

Andreas Bartsch, der Präsident des Lehrerverbandes, sagt zur fehlenden Beschaffung von Luftfiltern durch die Landesregierung: Das ist ein Riesenproblem, ein echtes Ärgernis. In Bayern und Baden-Württemberg hat die Beschaffung der Luftfilter gut funktioniert.

Die zweite Vorsitzende des Elternvereins sagt dazu: Wir Eltern sind sehr enttäuscht.

Ich könnte diese Liste beliebig fortsetzen. Ich habe keine Stimme gefunden, die Ihnen ein gutes Zeugnis für die Schulpolitik in Coronazeiten in den letzten Wochen ausgestellt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ich kann ja verstehen, dass Ihnen die Vergleiche mit Bayern keinen Spaß mehr machen, Herr Laschet. Herr Söder ist auch wirklich nicht nett zu Ihnen. Dessen Verhalten Ihnen gegenüber stört mittlerweile sogar mich selbst. Aber er hat Luftfilter gekauft, tau-

sende für die Schulen, Herr Kretschmann in Baden-Württemberg übrigens auch.

(Heiterkeit von Bodo Löttgen [CDU])

Warum haben Sie das nicht gemacht? Das ist eine einfache Frage, zu der Sie auch heute eine klare Antwort schuldig geblieben sind.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie sind auch heute die Antwort schuldig geblieben, ob ab der kommenden Woche bei einem positiven Test komplette Schulklassen in Quarantäne müssen oder nicht. Das Robert Koch-Institut ist da ganz klar der Meinung und sagt: ja, die ganze Klasse. – Gilt das jetzt in Nordrhein-Westfalen oder nicht? Worauf müssen sich unsere Schulen, die Kinder, die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer einstellen?

Letzte Woche hat die Schulministerin erklärt, dass Sie auf das Robert Koch-Institut einwirken wolle. Das ist ja durchaus legitim. Aber was ist daraus geworden, Frau Gebauer? In ein paar Tagen geht der Schulbetrieb wieder los, und ein bisschen fühlen sich alle Betroffenen wie bei Berthold Brecht: Der Vorhang fällt, und alle Fragen sind offen.

Ich will Ihnen zum Abschluss auf jeden Fall eine Frage in aller Deutlichkeit beantworten: Ein weiterer Lockdown im Bildungsbereich wäre Staatsversagen. – Das darf uns nicht passieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wir brauchen keinen Lockdown mehr. Und dieses Versprechen müssen wir den Menschen auch geben: Eure Vernunft, eure Geduld in den letzten anderthalb Jahren hat sich ausgezahlt.

Wenn es uns gelingt, noch mehr Menschen von der Impfung zu überzeugen, dann hat Corona auch den Schrecken verloren. Aber wir dürfen an dieser Stelle unsere Kinder nicht vergessen. Solange wir unsere Kinder nicht schützen können, ist Corona nicht vorbei. Deswegen lassen Sie uns alle gemeinsam Kraftanstrengungen unternehmen, um für eine bessere Impfquote und für den bestmöglichen Schutz unserer Kinder zu sorgen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kutschaty. – Für die CDU spricht ihr Fraktionsvorsitzender Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Kutschaty, um gleich mit einer Mär aufzuräumen, die Sie gerade in die Welt gesetzt haben, verlese ich die ersten Sätze des Artikels des Umweltbundesamtes, der am 11.02.2021 veröffentlicht wurde und bis weit nach der Debatte, die Sie angesprochen haben, so im Internet zu lesen war, bevor das Umweltbundesamt Gott sei Dank auch wegen unseres Einflusses seine Meinung geändert hat. Zitat:

„Mobile Luftreinigungsgeräte versprechen, virushaltige Partikel in den Räumen zu reduzieren. Ob die Minderungen ausreichen, eine Infektionsgefahr in dicht belegten Klassenräumen abzuwenden, ist nach jetzigem Wissensstand unsicher. Da die Geräte weder CO_2 noch Wasserdampf aus der Raumluft entfernen, empfiehlt das Umweltbundesamt weiter, auch in der kalten Jahreszeit die Fensterlüftung als prioritäre Maßnahme.“

Das war die Haltung des Umweltbundesamtes und nicht das, was Sie gerade zitiert haben!

(Beifall von der CDU und der FDP)

So viel zum Thema „Wahrheit“ und das, was der SPD-Vorsitzende hier vorträgt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie und Wahrheit! Das sagt der Richtige!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer etwas will, der findet Wege, wer etwas nicht will, der findet Gründe.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Mir scheint, dass diese Volksweisheit mit Blick auf die Impfbereitschaft in der Bevölkerung geradezu wie gemacht ist. Es steht doch vollkommen außer Frage, dass die heutige Debatte hier im Vorfeld der gleich beginnenden Ministerpräsidentenkonferenz und diese Konferenz selbst nur ein Ziel haben kann: Wege aus dieser Pandemie zu finden und ihre Folgen so beherrschbar wie möglich zu machen.

Darüber hinaus ist es notwendig, sich mit den Gründen derjenigen zu beschäftigen, die bisher zu keiner Impfung bereit waren.

Tagesschau-Online meldete gestern, dass nach Analysen des Robert Koch-Instituts im Zeitraum Januar bis Juni 2021, also in den letzten sechs Monaten, die bisherigen Impfungen 76.600 stationäre, 19.600 intensivmedizinische Fälle und sage und schreibe 38.300 Sterbefälle verhindert haben. Das sind doch gewichtige Argumente, sich jetzt impfen zu lassen.

Damit im Folgenden klar wird, worüber wir reden, zitiere ich zu Beginn aus den Frequently Asked Questions, den häufig gestellten Fragen, des RKI:

„Können Personen, die vollständig geimpft sind, das Virus weiterhin übertragen?“

Antwort:

„Die Impfung hat eine hohe Schutzwirkung, mindestens 80 % gegen schweres COVID-19, unabhängig vom verwendeten Impfstoff."

Weiter heißt es:

„Aus Public-Health-Sicht erscheint durch die Impfung das Risiko einer Virusübertragung in dem Maß reduziert, dass Geimpfte bei der Epidemiologie der Erkrankung keine wesentliche Rolle mehr spielen."

Nordrhein-Westfalen gestern: 56,7 % doppelt geimpfte Menschen in unserem Land. Mehr als 10 Millionen Menschen haben also den vollständigen Impfschutz.

Dann die oft vergessenen Genesenen. Laut Lagebericht des Gesundheitsministeriums gestern sind dies 806.500, entspricht 4,6 % der Bevölkerung in unserem Land. 61,3 % der Bevölkerung unseres Bundeslandes sind immunisiert und spielen aus Sicht des RKI bei der Epidemiologie der Erkrankung keine wesentliche Rolle mehr.

Dann die Anzahl der Bevölkerung, die sich derzeit nicht impfen lassen kann: 0 bis 14 Jahre – das erkläre ich gleich noch –, 2,5 Millionen in Nordrhein-Westfalen, entspricht 14 % der Gesamtbevölkerung.

Bitte sehen Sie mir nach, weil die Statistik das nicht hergibt, dass ich die 13- bis 14-Jährigen, die sich impfen lassen könnten, mit der Gruppe derjenigen gleichsetze, die aus medizinischen Gründen keine Impfung bekommen können.

Zwischen den Geimpften und Genesenen auf der einen Seite und denjenigen auf der anderen Seite, die sich mangels Impfstoff oder aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, bleiben also derzeit ziemlich exakt 25 % der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über zwölf Jahren, die keinen Impfschutz gegen COVID-19 haben oder keinen haben wollen.

Statt über diejenigen, die durch ihre Impfung Verantwortung tragen und Solidarität zeigen, oder denjenigen, die still die Last tragen, dass sie sich nicht impfen lassen können, zu reden, sollten wir wirklich mehr über diese 25 %, die derzeit der Rückkehr zur Normalität im Wege stehen, reden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Denn hier entscheidet jeder und jede nicht nur über sein eigenes Schicksal. Er oder sie entscheidet nicht mehr und nicht weniger als über weitere Einschränkungen des Lebens für sich und alle anderen Mitmenschen. Aber eines – das wurde heute auch schon mehrfach genannt – ist auch klar: In einem Rechtsstaat würde eine allgemeine Impfpflicht

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

mindestens einen Eingriff in die Grundrechte auf allgemeine Handlungsfreiheit oder vorrangig in das speziellere Recht auf körperliche Unversehrtheit in seiner Bedeutung als Selbstbestimmungsrecht über den Körper bedeuten.

Das vor dem Hintergrund der geschilderten Auswirkungen zu akzeptieren, ist nicht einfach, aber notwendig.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie COSMO kennen. COSMO ist ein Gemeinschaftsprojekt der Universität Erfurt, des Robert Koch-Instituts, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, des Leibniz-Instituts für Psychologie, Science-Media-Center, Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin und des Yale Institutes for Global Health. – Eine Ansammlung von Experten. Im zweiwöchentlichen Abstand befragt COSMO die Bevölkerung. Aus der mittlerweile 47. Befragungswelle vom 14./15. Juli möchte ich zwei Sätze zitieren:

„Unter den Ungeimpften hängt eine geringe Impfbereitschaft vor allem mit Zweifeln an der Sicherheit der Impfung zusammen, der Wahrnehmung, man müsse sich nicht impfen lassen, wenn die anderen das tun (Trittbrettfahren), der Wahrnehmung, dass Impfen überflüssig ist und mit wahrgenommenen praktischen Barrieren. 10 % aller Befragten wollen sich auf keinen Fall impfen lassen, unter den Ungeimpften macht diese Gruppe in dieser Befragung 41 % aus."

Die Umfrage bildet immer nur die erwachsene Allgemeinbevölkerung ab. Wenn wir die Ergebnisse positiv betrachten, heißt das, dass 59 % der Ungeimpften in Nordrhein-Westfalen bereit sind, sich impfen zu lassen. 59 % von den verbleibenden 25 %. Dafür lohnt sich doch jeder Aufwand.

Daher liegt die Entscheidungsvorlage für die heutige Ministerpräsidentenkonferenz absolut richtig, wenn sie dazu auffordert, schnellstmöglich die bestehenden Impfangebote wahrzunehmen. Die von Ministerpräsident Armin Laschet geforderte Impfoffensive, der Impfturbo, der als Signal von dieser MPK ausgehen soll, ist unabdingbar notwendig.

In ganz Nordrhein-Westfalen sind die Möglichkeiten zur Impfung längst nicht mehr auf die Impfzentren, auf die Hausärzte, auf die Betriebe beschränkt, sondern wurden durch mobile Impfteams erweitert. Viele Kommunen und Ärzte, ja selbst Privatleute wie beispielsweise Gastronomen machen bereits heute äußerst kreative Impfangebote. Offensichtlich kommt es gut an, wenn mit Impfen Zusatzangebote von Rostbratwurst bis Einkaufsgutschein verbunden wird. Aber solche Angebote entsprechen in der Tat exakt dem, was das Expertenteam von COSMO in seinen nur drei Empfehlungspunkten sagt:

Erstens.

„Aufsuchendes Impfen mit niedrigschwelligen Angeboten kann die Umsetzung der positiven Impfbereitschaft in tatsächliche Impfungen befördern."

Armin Laschet hat es uns gerade an den Beispielen Köln bzw. Köln-Chorweiler sehr deutlich gemacht.

Zweitens.

> „Impfangebote an Orten, an denen viele Menschen ohnehin sind, können auch die Komplettierung von Impfserien befördern. Es sollte über eine Vereinfachung der Zweitimpfung nachgedacht werden."

Das wird gemacht in Nordrhein-Westfalen, allerdings nicht an genügend Orten.

Drittens.

> „Impfangebote an außergewöhnlichen Orten sollten stets auch mit Aufklärungs- und Informationsangeboten vor Ort werben (wenn möglich in mehreren Sprachen) …"

Quer durch Deutschland verläuft in diesen Tagen eine Diskussion über die Impfpflicht – Sie haben es angesprochen, Herr Kutschaty. Ab und zu lohnt sich ein Blick in die Geschichtsbücher, ob es ähnliche Diskussionen mit der gleichen Härte schon einmal gegeben hat. Die Älteren unter uns werden sich erinnern, wenn ich Sie jetzt mitnehme zur Einführung einer noch nicht sanktionsbewehrten Gurtpflicht auf den Vordersitzen am 1. Januar 1976. Das stieß auf heftigsten Widerstand vieler Autofahrer, obwohl bereits im Einführungsjahr 1976 rund 1.500 Leben durch diesen Gurt gerettet wurden.

Ein wesentliches Argument der Gurtgegner damals war – so ist es im „SPIEGEL" am 7.12.1975 unter dem Titel „Sicherheitsgurte: Furcht vor der Fessel" zu lesen – Zitat –: Wenn Autofahrer einen Unfall überlebt haben, weil sie aus dem Auto herausgeschleudert wurden, hätte der Gurt demnach in Einzelfällen eine negative Wirkung. Dann würde der Gurtzwang einen Zwang zur Selbstgefährdung bedeuten, den der Staat wegen des Rechts auf körperliche Unversehrtheit nicht per Verordnung ausüben dürfe. – Zitatende.

Meine Damen und Herren, kommen Ihnen diese Argumente in Bezug auf das Impfen nicht irgendwie bekannt vor?

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Ich will diesen Einschub mit zwei Informationen dazu abschließen, was das damals eigentlich bedeutet hat:

Erstens. Erst als das Fahren ohne Gurt ab dem 1. August 1984 mit einem Bußgeld von damals 40 D-Mark geahndet wurde, stieg die Anschnallquote von 60 auf 90 %.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Zweitens. Heute haben nach Untersuchungen des ADAC die 2 % unangeschnallten Pkw-Fahrer einen Anteil von 17 % an den bei Verkehrsunfällen getöteten Menschen.

45 Jahre nach Einführung der Gurtpflicht müssen wir insbesondere den 25 % unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich nicht impfen lassen wollen, deutlich machen: Die Impfung ist der Sicherheitsgurt in der Coronapandemie, und sie ist ein Sicherheitsgurt plus, weil sie einen nicht nur selbst schützt, sondern weil sie auch noch andere schützt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Was die weiteren Punkte des Entwurfs für die Ministerpräsidentenkonferenz angeht, kann ich den geplanten Vorhaben grundsätzlich zustimmen. Die geplanten Quarantäneregelungen, die Kostenpflichtigkeit von Tests, die Neujustierung eines Indikators jenseits der Inzidenz sowie die Aufrechterhaltung von Basisschutzmaßnahmen sind besonnene und richtige Antworten im derzeitigen Infektionsgeschehen. Es war gut, dass Ministerpräsident Armin Laschet seinen Fünf-Punkte-Plan heute im Vorfeld der Konferenz hier im Plenum erläutert und den Landtag damit umfassend unterrichtet hat.

Ich hoffe darauf, dass diese fünf Punkte gleich in der Ministerpräsidentenkonferenz von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sowie der Bundesregierung einstimmig mitgetragen werden. Der Fahrplan des Ministerpräsidenten Armin Laschet zur Rückkehr in ein weitgehend normales Leben mit der Pandemie hat die notwendigen erkennbaren Konturen und eine übergeordnete Botschaft: Einen Lockdown wird es nicht mehr geben.

Ich möchte das, was mir im Moment wichtig erscheint, mit meinen Worten in sechs Punkten zusammenfassen:

Erstens. Die Impfung ist der richtige Weg, eine staatlich verordnete Impfpflicht der falsche.

Zweitens. Die Einschränkungen von Grundrechten für Geimpfte und Genesene entfallen. Dies gilt zumindest solange, bis der Nachweis für eine Virusmutation erbracht ist, die den Impfschutz substanziell schwächt.

Drittens. Vom Staat werden negativ Getestete Geimpften und Genesenen gleichgestellt. Unberührt davon bleibt das Recht privater Veranstalter und Betreiber aufgrund der Vertragsfreiheit, die ja nichts anderes ist als die Konsequenz aus der Privatautonomie nach Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz. Sie werden berechtigt, auch negativ Getestete von Veranstaltungen auszuschließen. Aber es gibt gute Gründe für diese geplante 3-G-Regelung, also die staatliche Gleichstellung von Geimpften, Getesteten und Genesenen, denn es lässt sich nicht für jede ungeimpfte, aber verlässlich getestete Person, die sich an die inzwischen üblichen Schutzmaßnahmen hält, nachvollziehbar

annehmen, dass sie andere infiziert und so das Infektionsgeschehen verschlimmert.

Viertens. Nach einem Zeitraum, in dem sich wirklich jeder wird haben impfen lassen können – beispielsweise acht Wochen ab jetzt, dann wären wir etwa beim 11. Oktober –, werden die bisher kostenfreien Bürgertests kostenpflichtig. Das gilt ausdrücklich nicht für jene, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können, und insbesondere auch nicht für Kinder unter zwölf Jahren, für die es keinen zugelassenen Impfschutz gibt.

Es steht allen Bürgerinnen und Bürgern frei, sich gegen das Risiko einer Infektion, zumindest aber eines schweren Verlaufs dieser Infektion, durch Impfungen kostenfrei abzusichern. Impfstoff ist mehr als ausreichend vorhanden. Wird das Risiko einer Infektion durch Nichtimpfung bewusst eingegangen, darf dies nicht durch Übernahme der Lasten durch die Allgemeinheit geschehen, sondern muss individuell ausgeglichen werden.

Fünftens. Ziel aller Grundrechtseingriffe seit Beginn der Pandemie war und ist die Aufrechterhaltung unseres Gesundheitswesens ohne Überforderung oder Überlastung. Zur Erreichung dieses Ziels ist die ausschließliche Orientierung am Wert der Sieben-Tage-Inzidenz, also die Anzahl von positiv Getesteten innerhalb einer Woche, bei einer Impfquote von über 60 % nicht mehr hinreichend. Die Impfquote, die Auslastung der Intensivbetten, die Schwere der Verläufe und die Mortalität müssen, gemessen relativ zur Größe der Bevölkerung, hinzukommen. Die Entwicklung eines solchen Wertes kann nicht durch die Politik erfolgen, sondern beispielsweise durch das RKI. Grundlage müssen gesicherte Erkenntnisse sein: Ab wann führen Hospitalisierungen dazu, dass eine Auslastung bzw. Überlastung der Intensivbetten gegeben ist?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Daten entscheiden immer noch, Herr Kollege!)

Sechstens. Für alle, ob geimpft, genesen, getestet oder ungeimpft, gilt: Diese Pandemie ist nicht vorbei. In Innenräumen müssen womöglich Masken getragen und Hygieneregeln befolgt werden. Das sind keine Grundrechtseingriffe, sondern wirksamer Eigenschutz und Schutz des Gegenübers. Es ist und bleibt vorerst notwendiges Zeichen gelebter Solidarität.

Die Coronapandemie begleitet uns – die Bevölkerung und uns hier im Plenum – seit rund 18 Monaten. Darüber, wie lange sie uns weiter begleiten wird, entscheidet in hohem Maße die Geschwindigkeit, mit der die Impfungen vorankommen. Sie beeinflusst zugleich, welche Freiheiten wir wie schnell zurückerlangen können.

Wer etwas will, der findet Wege. Wer etwas nicht will, der findet Gründe. Lassen Sie uns gemeinsam die Wege heraus aus der Pandemie belastbar ausbauen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Löttgen. – Für die Grünen spricht die Fraktionsvorsitzende Frau Paul.

Josefine Paul[*)] (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In den vergangenen Wochen wurden – und das völlig zu Recht – immer wieder große Worte bemüht, um die Herausforderungen der Zeit mit Blick auf die Coronakrise, mit Blick auf die Klimakatastrophe und mit Blick auf die Bundestagswahl zu beschreiben.

Doch leider folgen zu selten entsprechend konsequente Taten durch diese Landesregierung. Das müssen wir leider seit Beginn der Coronapandemie und der Coronakrise in diesem Land erleben. Mehr noch: Die Landesregierung reagiert in dieser Pandemie sprunghaft, zu spät, zu wenig vorausschauend. Dabei geht es auch bei der Coronabekämpfung jetzt um eine Richtungsentscheidung, wie wir durch diese Pandemie kommen.

Die Pandemie ist nicht vorbei. Auch die Landesregierung kann sie nicht einfach absagen, auch wenn manche Mitglieder der Landesregierung das sicherlich gerne tun würden. Das RKI empfiehlt mit Blick auf die nicht genau vorauszusehende Entwicklung, dass Basismaßnahmen bis ins nächste Frühjahr beibehalten werden müssen. Die Grundregeln, die wir alle miteinander in den letzten Wochen und Monaten und leider schon seit mehr als anderthalb Jahren eingeübt haben – die Hygieneregeln, Abstand halten, Masken und Lüften –, sollten wir auch weiterhin und dauerhaft beherzigen, gerade in Innenräumen oder im Nahverkehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im ZDF-Sommerinterview hat der Ministerpräsident und Kanzlerkandidat in gewohnter rheinischer Leichtigkeit – et hätt' noch immer jot jejange – verlautbaren lassen, dass er mit Blick auf Corona dann mal schauen wolle, wie es nach der Urlaubszeit und im Herbst aussehe. Das ist genau diese Art von kurzsichtiger Blindflugpolitik, die wir seit Beginn der Pandemie seitens der Regierung Laschet erleben. Das ist weder vorausschauende Politik noch ein gutes Krisenmanagement. Das offenbart eine gefährliche Sorg- und Planlosigkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und Angela Lück [SPD])

Herr Ministerpräsident, Ihr Fünfpunkteplan, den Sie hier gerade vorgestellt haben, überzeugt genauso wenig wie Ihr konkretes Regierungshandeln in Nordrhein-Westfalen.

Schauen wir uns das doch noch einmal konkret an. Die Planlosigkeit und Sprunghaftigkeit dieser Landesregierung zeigte sich doch Ende Juli mal wieder mehr als deutlich, als Sie, Herr Minister Laumann, den gerade von der Regierung ausgerufenen Stufenplan schon wieder ad absurdum führten. Ganz offenbar war der Stufenplan der Landesregierung nur als eine Art Einbahnstraße gedacht, um Öffnungen zu ermöglichen, nicht aber, um auch Verschärfungen bei steigenden Inzidenzen umzusetzen. Das nenne ich sprunghaft und wenig verlässlich. Anders ist die Aussetzung der dritten Inzidenzstufe bei steigenden Zahlen nicht zu erklären.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ein solcher Stufenplan – diesen haben wir hier im Haus lange gefordert, wir haben ihn lange miteinander diskutiert, Sie haben es lange abgelehnt, einen solchen Stufenplan vorzulegen –, kann nur dann verlässlich und kommunikativ wirksam sein, wenn die Stufen auch eingehalten werden.

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Was passiert denn nach dem 19. August? Worauf können sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen einstellen? Ist der von Ihnen vorgestellte Fünfpunkteplan ein Papier des CDU-Bundesvorsitzenden, oder ist es eine abgestimmt Linie des NRW-Kabinetts? Welche Halbwertszeit hat dieser Fünfpunkteplan angesichts des sprunghaften Umgangs des Gesundheitsministers mit den Vorgaben des eigenen Stufenplans?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Mit Blick auf die steigende Anzahl geimpfter Personen müssen auch die Instrumente der Pandemiebekämpfung angepasst werden. Ja, es ist richtig, dass neben der Sieben-Tage-Inzidenz auch weitere Indikatoren, wie beispielsweise die Impfquote oder die Hospitalisierungsrate, zur Bewertung des Pandemiegeschehens herangezogen werden müssen.

Dazu muss die MPK jetzt konkrete und wissenschaftsbasierte Vorschläge vorlegen. Daran angepasst muss die Landesregierung dann ihren Stufenplan überarbeiten. Statt die dritte Inzidenzstufe einfach wegzulassen und für neue Unsicherheit und Verunsicherung in der Bevölkerung zu sorgen, muss die Landesregierung schnellstmöglich eine grundlegende Überarbeitung vorlegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Prinzip „Glaube und Hoffnung“, es möge mit fortschreitender Impfung der Bevölkerung schon nicht so schlimm kommen, darf nicht zur Handlungsmaxime der Regierung und allen voran des Ministerpräsidenten werden. Eins ist doch klar: Die Pandemiebekämpfung kennt keine rheinische Lösung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Inzidenzen – das will ich noch mal deutlich betonen, und auch Kollege Kutschaty hat darauf hingewiesen – bleiben trotzdem ein entscheidendes Mittel der Früherkennung der Pandemieentwicklung. Gerade angesichts der Mutationen und der steigenden Infektionszahlen, ist es wichtig, die Inzidenzen im Blick zu behalten und sie durch weitere Parameter zu ergänzen. Allein auf die Hospitalisierungsrate zu schauen, wäre verkürzt. Denn es verstellt den Blick für ein frühzeitiges Eingreifen mit milderen Mitteln, die wirksam vor einem erneuten Anstieg schwerer Krankheitsverläufe schützen können.

Mit einigem Erstaunen durften wir zur Kenntnis nehmen, dass der stellvertretende Ministerpräsident offenbar eine andere Vorstellung von der Pandemiebekämpfung hegt. Nach englischem Vorbild, wie er selber sagt, bringt Joachim Stamp einen Tag der Freiheit in die Debatte. Mal wieder konnte es in der öffentlichen Kommunikation nicht kleiner gehen. Statt, Herr Minister Stamp, auf den Spuren von Boris Johnson zu wandeln und einmal mehr auf plakative Effekthascherei und Schlagzeilen zu setzen, brauchen wir ein Konzept, das die ganze Gesellschaft in den Blick nimmt und die politische Verantwortung nicht auf den Einzelnen abwälzt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Immer wieder ist durch diese Landesregierung postuliert worden, dass Kinder und Jugendliche in der Pandemiebekämpfung Priorität haben sollen. Ganz ehrlich, da mutet es doch einfach absurd an, wenn Sie, Herr Minister Stamp, an die Eigenverantwortung der Menschen appellieren und dabei wieder jene aus dem Blick verlieren, die sich eben nicht selber und eigenverantwortlich schützen können, nämlich die Kinder.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese sind jetzt auf die Solidarität der Gesellschaft, auf die Solidarität der Erwachsenen angewiesen, und darauf muss die Landesregierung auch Antworten liefern.

Heute Morgen lese ich in der „WAZ“, dass der FDP-Fraktionsvorsitzende dem Ministerpräsidenten und seinem Fünfpunkteplan offen widerspricht. Während Sie, Herr Laschet, für eine Verlängerung der epidemischen Lage eintreten, ist die FDP-Landtagsfraktion – also Ihr Koalitionspartner – strikt dagegen. Sie haben vorhin gesagt: Das kann ja in einer Regierung mal vorkommen, dass man unterschiedlicher Auffassung ist. – Aber, Herr Laschet, ich frage Sie: Was ist denn nun die Linie dieser Landesregierung?

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ist es Ihr im CDU-Bundespräsidium vorgestellter Fünfpunkteplan oder der Tag der Freiheit Ihres Koalitionspartners? Hat diese Landesregierung überhaupt noch eine gemeinsame Linie, oder wird das jetzt miteinander in öffentlichen Verlautbarungen ausdis-

kutiert? Diese Frage müssen Sie beantworten, und diese Frage haben Sie noch nicht beantwortet, Herr Laschet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Zahlen in diesem Sommer haben uns allen wieder mehr Möglichkeiten beschert. Umso wichtiger ist es aber jetzt, wachsam zu sein, damit wir im Herbst und Winter keine drastischen Einschränkungen erleben müssen, damit es keinen Lockdown gibt, damit das Versprechen, das der Ministerpräsident heute abgegeben hat, auch Wirklichkeit wird.

Dazu müssen jetzt konkrete Maßnahmen vorgelegt werden. Und ja, der wichtigste Faktor in der Pandemiebekämpfung ist und bleibt das Impfen. Doch mittlerweile hat die Impfbereitschaft und damit der Fortschritt der Impfkampagne stark nachgelassen. Jetzt gilt es, weiter auf einfach zugängliche Impfangebote zu setzen.

Herr Ministerpräsident, Impfappelle sind gut und schön, aber wichtig ist, dass der Impfstoff jetzt zu den Menschen kommt. Diejenigen, die wir vielleicht aus Behäbigkeit noch nicht erreicht haben, für die vielleicht auch die Terminvergabe eine Hürde dargestellt hat oder die vielleicht eine Ansprache in einem vertrauten Umfeld brauchen, weil sie unsicher sind, weil sie sprachliche Unsicherheiten oder Nachfragen haben, erreichen wir am besten durch aufsuchende Angebote.

Es richtig und gut, dass nun auch 12- bis 17-Jährige ein Impfangebot erhalten. Impfungen für unter 16-Jährige können aber immer nur ergänzend und freiwillig sein. Die Landesregierung ist jetzt aufgefordert, klare und verständliche Informationen und Aufklärung für Eltern und Jugendliche bereitzustellen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Machen wir doch!)

Zentral bleibt aber, dass Erwachsene sich jetzt impfen lassen müssen, auch um eine Art Schutzkokon um diejenigen zu bilden, die nicht geimpft werden können. Denn für Kinder unter zwölf Jahren gibt es weiterhin keinen zugelassenen Impfstoff. Deswegen sind wir als Erwachsene in der Verantwortung, diesen Schutz für sie mit zu übernehmen und uns impfen zu lassen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Genau in dieser Phase der Pandemie werden Überlegungen lauter, die aufgebaute Infrastruktur zurückzufahren und zum Beispiel die Impfzentren komplett zu schließen. Was sich erst mal nachvollziehbar und ökonomisch sinnvoll anhört, kann aber zu einem Schnellschuss werden, der nach hinten losgeht. Wir werden nämlich auch weiterhin eine öffentliche Infrastruktur zur Unterstützung der öffentlichen Impfkampagne brauchen. Nicht zuletzt müssen die Auffrischungsimpfungen jetzt geplant und vorbereitet werden.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Haben wir auch!)

Das Land darf die Kommunen und Ärzte mit dieser Aufgabe nicht allein alleinlassen. Der Deutsche Städtetag hat richtigerweise mit Blick auf die heutige MPK darauf hingewiesen und seine Erwartung dahin gehend deutlich gemacht, dass es jetzt Planungssicherheit brauche, wie diese dritten, diese Auffrischungsimpfungen gemacht werden sollen. Es brauche Konzepte und klare Aussagen zur Finanzierung.

Auch die ausgebaute Testinfrastruktur werden wir weiterhin brauchen. Nordrhein-Westfalen war in den letzten Wochen beim Testen gut aufgestellt. Dieses Instrument des breiten Testens dürfen wir jetzt aber nicht leichtfertig aus der Hand geben. Wir brauchen besonders jetzt nach der Urlaubszeit und mit Blick auf die Mutationen weiter einen Überblick über das tatsächliche Infektionsgeschehen.

Alternative Frühwarnsysteme wie das Abwassermonitoring wurden bisher von dieser Landesregierung nicht eingeführt. Ehrlich gesagt, Herr Gesundheitsminister, verstehe ich Ihre ablehnende Haltung nicht. Warum wurden sie bisher nicht eingeführt? Herr Ministerpräsident, Herr Gesundheitsminister, warum sperren Sie sich gegen dieses zusätzliche und international in Studien erfolgreich erprobte Instrument der Früherkennung? Mir fehlt das Verständnis dafür: Warum wird das nicht ausgerollt?

Immer wieder ist doch während der Pandemie seitens der Wissenschaft darauf hingewiesen worden, dass mehr getan werden muss, um mehr über das Virus und dessen Verbreitungswege herauszufinden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade jetzt dürfen wir nicht riskieren, den Überblick über das Infektionsgeschehen und über mögliche Mutationen zu verlieren.

Genau deswegen sind ein Abwassermonitoring, regelmäßige Testungen auch am Arbeitsplatz – wir können nicht alles auf die Kinder und Jugendlichen in den Schulen abschieben – oder in der Schule und breit angelegte wissenschaftlich begleitete Teststrategien zur intensiven Beobachtung der Pandemie erforderlich.

Wir brauchen ein breit aufgestelltes Monitoring, um mögliche Impfdurchbrüche schnell erkennen zu können. Dafür brauchen wir wiederum weiterhin eine funktionierende Testinfrastruktur, zu der – jedenfalls derzeit noch – das Angebot kostenloser Tests gehört, damit sich die Menschen weiterhin testen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Thema „Schule“ wird uns auch in diesem Schuljahr begleiten. Landauf, landab schauen Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler mit Sorge auf den Schulstart in der nächsten Woche. Einige dieser Sorgen hätte Frau Ministerin Gebauer den Menschen mit einer guten Vorbereitung auf das neue Schuljahr nehmen können. Aber auch das ist wieder nicht passiert, sondern es wiederholt sich das Trauerspiel aus dem letzten Schuljahr, und die Leidtragenden dessen sind einmal mehr die Schülerinnen und Schüler.

Die Förderprogramme und Richtlinien – wir kennen das leider aus dem letzten Jahr – kommen entweder wieder in den Sommerferien oder sie liegen noch gar nicht vor. Ein Beispiel dafür ist die groß angekündigte Umsetzung des Aufholprogramms des Bundes. Die Förderrichtlinie dazu liegt aber nicht vor, sodass für die Schülerinnen und Schüler also auch noch nicht wirklich viel umgesetzt werden kann.

Bei der Förderung der Luftfilter verschanzte sich das Schulministerium und auch die Kommunalministerin erst hinter dem Umweltbundesamt, das damals, als Sie noch davon sprachen, dass Sie das alles gar nicht befürworten würden, längst sehr viel differenzierter argumentierte. Damit haben Sie wertvolle Zeit vertan.

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein! Am 09.07.!)

Ehrlicherweise muss man deshalb jetzt sagen – und das müssen Sie auch den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern und den Schülerinnen und Schülern ganz ehrlich sagen –: Luftfilter wird es vor Herbst oder gar vor Winter in Nordrhein-Westfalen in der Flächendeckung nicht geben, denn sie müssen auch noch ausgeschrieben und bestellt werden. Das hat diese Landesregierung einmal mehr verschlafen, und es stellt sich die Frage, warum das wieder nicht vorbereitet wurde. Das Ende der Sommerferien ist doch nun wirklich nichts Überraschendes!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Schulen sicher zu machen, ist die Voraussetzung für den Präsenzunterricht, den wir alle wollen und den vor allem die Kinder und Jugendlichen brauchen; denn es geht doch nicht nur darum, die Frage von Lernrückständen aufzuholen, sondern es geht auch um die Frage von sozialem Zusammensein. Deshalb wäre es nach den Sommerferien angezeigt, nicht nur zweimal in der Woche, sondern täglich zu testen, um mögliche Auswirkungen auf das Infektionsgeschehen, und zwar auch durch Reiserückkehrer, frühzeitig zu erkennen und dann reagieren zu können.

Herr Ministerpräsident Laschet, Ihr Amtskollege Weil aus Niedersachen hat das für sein Land auch und gerade als Reaktion auf die steigenden Infektionen bei den Jüngeren und die geringe Impfquote bei Kindern und Jugendlichen angekündigt. Ich finde, Herr Laschet, diese Forderungen könnten Sie sich für Ihren Fünfpunkteplan ebenfalls zu eigen machen, denn über allem sollte doch stehen, dass die MPK und auch diese Landesregierung jetzt tatsächlich die jüngere Generation in den Mittelpunkt ihrer Politik und nicht nur wohlfeiler Sonntagsreden stellt. Genau dieses zentrale Signal, dass es jetzt um die Solidarität mit jungen Menschen geht, erwarte ich heute von der MPK und von Ihnen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die vielen Belastungen, die die Kinder und Jugendlichen schultern mussten, müssen nun so gut wie möglich aufgefangen und aufgearbeitet werden. An Rückständen bestehen eben nicht nur Lernrückstände, sondern es geht auch um Entwicklungs- und Erfahrungsrückstände. Das neue Schuljahr wird wieder ein Schuljahr unter Coronabedingungen sein, und das muss die Schulministerin endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Es reicht nicht aus, eine größtmögliche Normalität zu formulieren. Entscheidend wäre, anzuerkennen, dass es nach anderthalb Jahren Pandemie mit Distanzunterricht, mit Wechselunterricht und mit großen Unsicherheiten kein einfaches Zurück zur Normalität geben kann.

Gerade die Kinder, Jugendlichen und Familien, für die die letzten Monate besonders schwierig waren, brauchen jetzt ein Netzwerk individueller Hilfen. Schulen brauchen deshalb die pädagogische Freiheit, um ihren Schulalltag bis zu den Herbstferien so zu gestalten, wie ihn die Schülerinnen und Schüler nach dieser schwierigen Zeit brauchen, damit sie mit den Bedarfen, die sie im Bereich von Bildung, aber auch im Bereich der emotionalen Verarbeitung haben, aufgefangen werden können.

Diese Landesregierung braucht endlich auch die Sensibilität, junge Menschen als ganzheitliche Persönlichkeiten anzuerkennen, und darf sie nicht nur als Schülerinnen und Schüler betrachten. Die Schülerinnen und Schüler sind nicht zuletzt Expertinnen und Experten in eigener Sache, und die Landesregierung täte gut daran, endlich einmal auf diese Expertenmeinungen zu hören und diese Expertenmeinungen einzubeziehen.

Wir fordern wir die Landesregierung deshalb auf: Machen Sie einen Kinder- und Jugendgipfel, und zwar mit den jungen Menschen. Machen Sie ihn nicht nur über junge Menschen; das sind die jungen Menschen nämlich in den letzten Jahren leider zu sehr gewohnt, und das ist etwas, was sie von der Politik enttäuscht. Reden Sie also mit den Kindern und Jugendlichen. Machen Sie einen Kinder- und Jugendgipfel, und machen Sie Kinder und Jugendliche endlich zur Priorität Ihres Regierungshandelns.

Machen Sie, Herr Ministerpräsident, das vor allem zur Chefsache; denn es geht um eine Richtungsentscheidung, wie es in dieser Pandemie weitergeht. Die Frage des Umgangs mit der Pandemie ist vor

allem auch eine Frage von Generationengerechtigkeit, und wir dürfen für unsere Kinder und Jugendlichen nicht die falsche Richtung einschlagen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in Debatten – auch bei den Coronadebatten – selten wahrgenommen, dass die SPD und die Grünen auf der einen Seite und die NRW-Koalition auf der anderen Seite bei einer Kernfrage dieser Coronapandemie so weit auseinanderliegen. Armin Laschet und die NRW-Koalition haben sich klipp und klar geäußert: Wenn keine Überforderung des Gesundheitssystems droht, darf es in allen Bereichen keinen Lockdown geben. Dementsprechend müssen die Regeln heute bei der MPK und anschließend in Nordrhein-Westfalen mit der Verordnung festgelegt werden.

Zu dieser Kernaussage des Ministerpräsidenten gab es heute von der SPD und von den Grünen, von Frau Paul und Herrn Kutschaty, keine Reaktionen, keine Aussagen. Sie schwimmen da einfach im Nichts. Die Menschen erwarten aber eine klare Haltung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Menschen wollen Perspektiven, denn sie haben Angst um ihren Job und um ihre Existenz, und Sie sagen in dieser Kernfrage nichts. Für mich ist das – tut mir leid – beschämend.

(André Stinka [SPD]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

– Ich habe sehr deutlich zugehört.

(André Stinka [SPD]: Beschämend ist, was Sie hier aufführen! Hören Sie mal zu!)

Herr Kutschaty hat lediglich gesagt, er wolle einen Lockdown im Bildungswesen verhindern. Das hat er klar betont. Auf alle anderen Bereiche hat er das bewusst nicht bezogen, und die Grünen haben dazu gar nichts gesagt. Lesen Sie das bitte nach.

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist Unsinn!)

Mir ist ein weiterer prägnanter Unterschied zwischen Grünen und FDP bei dem Stichwort „Verantwortung“ aufgefallen. Wir als Liberale sind der festen Überzeugung, dass die tollen Menschen in Nordrhein-Westfalen gerne Eigenverantwortung übernehmen. Die Position von Frau Paul war für die Grünen heute klipp und klar: Wenn die Menschen Eigenverantwortung übernehmen sollen, ist das aus Sicht der Grünen eine Belastung für die Menschen. Das ist in der Kernfrage der zentrale Unterschied zwischen Liberalen und Grünen.

Noch einmal: Wir sind der Überzeugung, dass die Menschen gerne Verantwortung für sich selbst,

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

für ihre Mitmenschen, für das Land Nordrhein-Westfalen übernehmen, und sie empfinden das nicht als Belastung, sondern als Bereicherung.

Es wird auch immer von dieser Mähr gesprochen, dass wir in dieser Koalition – so haben Sie das betont – immer unterschiedlicher Meinung seien. Es liegt in der Natur der Sache, dass alleine zwei Personen unterschiedlicher Meinung sein können, wenn sie aufeinanderstoßen. Wenn das in Familien so ist, ist das auch ganz normal. Das ist im Beruf, in Vereinen, beim Ehrenamt und selbstverständlich auch in der Politik so.

Der Unterschied zu der Vorgängerkoalition ist: Bei euch war das eine Streitkultur. Es gab kaum noch Gemeinsamkeiten; die Streitigkeiten wurden offen ausgetragen. Wir gehen hingegen mit unterschiedlichen Auffassungen klug, fair und verlässlich um. Wir empfinden unterschiedliche Meinungen in Details als Bereicherung und nicht als Problem. Das ist der Stil dieser NRW-Koalition.

(Beifall von der FDP und der CDU – Sarah Philipp [SPD]: Sieht die CDU das auch so? – Wolfgang Jörg [SPD]: Fünf Meinungen in einer Regierung!)

Kommen wir zu den eigentlichen Punkten. Dabei möchte ich mich auf fünf wesentliche Punkte konzentrieren.

Der erste Punkt ist die richtige Balance in der Coronapolitik. Zu Beginn der Coronakrise hatten wir die Befürchtung,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

dass das im Vergleich sehr gute Gesundheitssystem, das wir in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland haben, in der Coronakrise überlastet werden könnte, und wir haben unsere Politik am Anfang der Krise ganz bewusst darauf konzentriert, um eine solche Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Der NRW-Koalition bzw. der FDP ging es neben der Sicherung der Gesundheit aber immer auch – das haben Sie in vielen Debatten hier wahrgenommen – um die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Wirtschaft und insbesondere um die sozialen Aspekte.

Zudem wollten wir immer, und das ist uns auch gelungen, die Menschen bei diesem Prozess mitnehmen. Eine Politik gegen die Überzeugung weiter Teile der Bevölkerung wird und muss scheitern. Deshalb haben wir auch versucht, alle Aspekte zu

beachten, und haben uns nicht nur auf die Gesundheitspolitik konzentriert.

In all diesen Monaten ist es – Gott sei Dank – in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen zu keiner Überlastung des Gesundheitssystems gekommen. Wir benötigen in der Coronapolitik also weiterhin die richtige Balance zwischen den Interessen der Bereiche „Gesundheit“, „Wirtschaft“ und „Soziales“. Eine übervorsichtige Gesundheitspolitik führt in anderen Bereichen zu extremen Problemen, die wir verhindern wollen.

Zweiter Punkt: Die aktuelle Lage. Aktuell wird das Gesundheitssystem durch die Pandemie kaum belastet. Auf der anderen Seite sind die Belastungen für die Wirtschaft insgesamt noch sehr groß: für Handel, Hotels, Gastronomie, Messen, Schausteller, Kultur, Sport und auch für das Ehrenamt. Diese Belastung ist teilweise sehr extrem; in manchen Bereichen entsteht sogar eine Existenznot. Viele konnten sich bisher noch über Wasser halten, benötigen jetzt aber klare Perspektiven, denn ansonsten gehen sie unter.

Das Virus entwickelt natürlich immer neue Varianten; das ist keine Überraschung, sondern war immer klar. Im Fokus steht jetzt die Deltavariante. Manchmal explodieren die Inzidenzwerte an einzelnen Orten aufgrund der Deltavariante, aber nach einer gewissen Zeit ist das schon wieder vorbei; dann steigen die Infektionsraten merkwürdigerweise nur moderat wieder an. Wir können das kaum nachvollziehen, sondern nur die Ergebnisse wahrnehmen.

Es gibt politische Entscheidungen in Großbritannien, in den Niederlanden und in Dänemark mit für uns alle überraschenden Öffnungsschritten; trotzdem reduzieren sich dort mit der Zeit die Infektionszahlen. Wir wissen nicht genau, warum, aber auch das dürfen wir nicht ignorieren, sondern müssen das als einen Punkt wahrnehmen, um die richtige Balance zu finden.

Dass die Deltavariante ansteckender ist, steht fest, aber mehr als 50 % der Bevölkerung in Deutschland sind doppelt geimpft. Der Impfstoff hat auch gegen diese Variante eine hohe Wirksamkeit.

Selbstverständlich spielt der Inzidenzwert auch weiterhin eine Rolle, aber eben nicht nur. Entscheidend ist die Belastung des Gesundheitssystems, die sich durch die Deltavariante nachweislich nicht wesentlich verändert hat. Eine mögliche Überbelastung des Gesundheitssystems ist aber nach wie vor die Grundlage für Grundrechtseingriffe. Da diese Grundlage entfallen ist, weil das Gesundheitssystem eben nicht überlastet ist, muss sich auch die Politik verändern. Das wird die MPK heute beschäftigen.

(Beifall von der FDP, von Matthias Kerkhoff [CDU] und von Björn Franken [CDU])

Dritter Punkt. Die NRW-Koalition und Armin Laschet wollen den Lockdown verhindern. Wir sind gemeinsam der Überzeugung, dass wir zu einem Politikwechsel in diesem Bereich kommen müssen; der Ministerpräsident hat das heute deutlich gemacht. Es muss zu weiteren Öffnungsschritten kommen.

Die MPK wird gleich verschiedene Punkte beraten; die Vorbesprechung hat gerade begonnen. Wir diskutieren heute wesentliche Punkte und sind gespannt auf das Ergebnis. Die NRW-Koalition und der Ministerpräsident wollen ein Regelwerk, das einen Lockdown in einer Situation verhindert, in der das Gesundheitssystem nicht oder nur kaum belastet ist.

Wenn unser Ministerpräsident Armin Laschet dieses Ziel in seinen Verhandlungen heute erreichen kann, hat er für unser Land, für ganz Deutschland und auch für die NRW-Koalition eine Menge erreicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Selbstverständlich gibt es auch Punkte, die wir kritisch sehen. Das wissen Sie; das ist keine Überraschung. Die epidemische Lage von nationaler Tragweite basiert auf einer Notlage, gibt der Bundesregierung erhebliche Sonderrechte, reduziert die durch die Verfassung gesicherten Rechte des Parlaments und führt zu wesentlichen Einschränkungen von Bürgerrechten.

Da aber das Gesundheitssystem durch Corona kaum belastet ist, gibt es diese Notlage in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen nicht. Ohne Notlage fehlt aus unserer Sicht die Basis für die Fortsetzung der epidemischen Lage. Ohne Basis darf diese epidemische Lage nicht verlängert werden; davon sind wir fest überzeugt. In Nordrhein-Westfalen haben wir deshalb entsprechend gehandelt.

(Beifall von der FDP und von Helmut Diegel [CDU])

„Coronaindex oder Inzidenzwert“ haben wir heute mehrfach thematisiert. Der Inzidenzwert alleine kann es nicht sein, sondern es muss eine Mischung, also ein Index sein, der die Impfquote, die Belegung der Krankenhäuser durch Corona in Gänze und der Intensivstationen berücksichtigt. Selbstverständlich gehört der Inzidenzwert dazu, weil wir auch Frühindikatoren brauchen. Wer aber nur am Inzidenzwert festhält – diesen Eindruck hatte ich heute bei SPD und Grünen –, begeht einen Fehler.

(Zuruf von SPD)

Die meisten Menschen und Persönlichkeiten, Wirtschaft, Gewerkschaften, Betriebsräte, das Ehrenamt, Kultur und Sport fordern unisono einen Coronaindex und das Abstandnehmen vom Inzidenzwert. Ich verstehe nicht, warum dieses Hohe Haus nicht einstimmig dieser These folgt. Die NRW-Koalition versucht, diesen Weg zu gehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Bei allen Schwierigkeiten, die es mit Persönlichkeiten wie Herrn Kretschmann und Herrn Söder gibt, hat Armin Laschet vorhin angedeutet, dass er versucht, die ersten Schritte in diese Richtung zu gehen. Ich bin mir sicher, die ersten Schritte werden ihm heute auch gelingen. Wir werden weiterhin daran arbeiten, damit wir am Ende gemeinsam das große Ziel eines Coronaindexes erreichen.

Normalität durch 3G hat der Ministerpräsident in seiner Rede auch betont. Bei Genesenen, Geimpften und Getesteten lassen sich erhebliche Grundrechtseingriffe nicht mehr länger rechtfertigen – ganz im Gegenteil: 3G trägt zum Schutz vor einer weiteren Ausbreitungswelle bei, und das ist gut so. Deshalb müssen die Grundrechte zurück.

Die FDP-Fraktion ist selbstverständlich auch weiterhin für Basismaßnahmen wie Abstand, Hygiene, Lüften und Masken in bestimmten Bereichen. Diese Situation wird uns weiterhin begleiten und bleibt bestehen. Wir müssen aber durch 3G wieder stärker zur Normalität zurück, erst recht im Außenbereich. Warum soll es dort in Verbindung mit 3G überhaupt noch Einschränkungen bei Kultur, Sport, Schaustellern, in der Außengastronomie, bei Eventveranstaltern oder auch bei größeren Veranstaltungen geben?

Es braucht jetzt in diesen Bereichen Klarheit: Was wollen wir? Was können wir tun? Wie gehen wir mit 3G um? – Diese Aussagen haben heute leider bei SPD und Grünen gefehlt. Im Herbst und im Winter sollten wir doch bei schlechtem Wetter und niedrigen Temperaturen jede Möglichkeit nutzen, die Menschen trotzdem nach draußen zu locken, denn das ist der beste Weg, den wir für den Gesundheitsschutz gehen können.

Das können wir zum Beispiel auch durch Kirmesveranstaltungen und Weihnachtsmärkte tun. Damit können wir bei klugen Konzepten – keine Partys, aber solche Veranstaltungen können trotzdem stattfinden – Leute herauslocken und können den Betreibern dieser Märkte etwas Gutes tun. Damit stärken wir auch den Gesundheitsschutz; das ist die Überzeugung der NRW-Koalition.

Auch im Innenbereich benötigen wir in Verbindung mit 3G mehr Normalität – im Handel, in der Kultur, im Sport und auch in der Gastronomie. Dort ist die Abwägung besonders schwierig. Ich will ein kleines, vielleicht banales Beispiel bringen: Eher im ländlichen Raum gibt es die typischen Eckkneipen, in denen vielleicht zehn Personen an einer großen Theke sitzen; weitere 15 Personen verteilen sich an vielen Tischen im gesamten Lokal. Das sind also sage und schreibe 25 Personen. Warum soll ich diesen Betrieb in Verbindung mit 3G weiterhin unterbinden? Warum kann dort nicht auch wieder Normalität einkehren?

Es gibt auch Partymeilen, wo die Situation eine ganz andere ist, wo man sich drängt, wo man tanzt, wo Musik ist, wo gesungen wird und man wirklich Körper an Körper steht. Das ist eine andere Situation als in den Eckkneipen, die ich gerade beschrieben habe.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Auch da müssen wir mit klugen Lösungen einen Weg finden, um differenziert vorgehen zu können.

Wir haben eben schon über den Schul- und Kitabetrieb gesprochen. Präsenzunterricht war immer das Ziel der NRW-Koalition und von Armin Laschet. Masken, Tests und Lüften sind dabei unverzichtbar. Wir brauchen eine andere und pragmatische Quarantänelösung. Das RKI trägt eine enorm große Verantwortung; wir warten auf eine vernünftige und sachgerechte Empfehlung. Wir versuchen, das RKI durch Argumente und Kommunikation davon zu überzeugen, dass wir noch einen weiteren Schritt brauchen.

Thema „Luftfilter“. Kollege Kutschaty hat Bayern gelobt, Herrn Söder gelobt. Das wäre eine Erfolgsnummer. Wir lesen von der bayerischen SPD – irgendwie ist das ja Verwandtschaft zur nordrhein-westfälischen SPD –, die kritisiert Söder, weil drei Viertel der Klassenräume keinen Luftfilter haben. Also, die SPD in Bayern kritisiert Söder wegen der Luftfilterpolitik massiv in der Debatte im Bayerischen Landtag, und die nordrhein-westfälische SPD mit einer sehr einseitigen Motivation lobt Herrn Söder. Wir können Politiker loben, wenn einem etwas Gutes einfällt, auch Markus Söder. In diesem Punkt, lieber Herr Kutschaty, haben Sie allerdings Unrecht.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Thomas Kutschaty [SPD]: Wie viele Luftfilter haben wir denn?)

Wir – das ist der fünfte Punkt – brauchen Normalität mit Corona. Auch das hat der Ministerpräsident heute mehrfach gesagt. Wir benötigen kluge Regeln, damit wir mit Corona leben können. Wir bemühen uns alle um den Schutz der Gesundheit. Aber wenn keine Überlastung des Gesundheitssystems droht, darf es keinen Lockdown geben. Das sage ich hier noch mal ganz deutlich. Das ist der große Unterschied zu den Kollegen von SPD und Grünen.

Überzogene Regelungen werden nicht mehr akzeptiert. Sie sind ein enormes Risiko für Arbeitsplätze, für Wirtschaft, für Kultur, für Sport und auch für das Ehrenamt. Impfen und Testen sind der Schlüssel, um die Pandemie in den Griff zu bekommen. Insgesamt geht es also um die richtige Balance. Wir haben noch sehr viel zu tun. Wir blicken heute mit Spannung auf die MPK. Armin Laschet, unser Ministerpräsident, und die NRW-Koalition liegen auf klarem und gutem Kurs. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Wagner.

Markus Wagner*) (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen!

„Lasst die Pandemie laufen, betrachtet sie wie Grippe!“

Dieser Satz, meine Damen und Herren, ist nicht irgendein Demomotto deutscher Querdenker, nein, das ist die zustimmende Schlagzeile der „Bild“ zur Coronapolitik Dänemarks.

Wir erfahren, nach Englands Freedom Day und Schwedens Anti-Lockdown-Politik sind nun auch in Dänemark fast alle Coronamaßnahmen abgeschafft. Selbst Masken sind im Straßenbild kaum noch zu sehen.

Die „Welt“ schreibt:

Die Dänen haben schon sehr früh einen Öffnungsplan vorgelegt. Seit Juni müssen die Menschen keine Masken tragen, ab September sollen die Clubs öffnen, und auch der Schulbetrieb soll wieder ganz normal ablaufen.

Es ist Søren Riis Paludan, Professor für Virologie an der Universität Aarhus, der gegenüber der linksliberalen Zeitung „The Politician“ eben genau diesen Satz sagt: „Lasst die Pandemie laufen, betrachtet sie wie Grippe!“

Sicher, das klingt für den deutschen Diskurs provokativ. Was er aber meint, ist nicht, die Grippe mit Corona gleichzusetzen, sondern die Art und Weise, mit viralen Erkrankungen umzugehen.

Weiter:

Mehr als 90 % der gefährdeten Bevölkerung, sprich der Risikogruppen, sind geimpft. Deshalb ist es keine Katastrophe, wenn Schulkinder infiziert werden. Wir sollten nicht länger

– Herr Kutschaty –

ganze Klassen heimsenden, nur weil ein einzelner Schüler positiv getestet wurde. Das ist nicht verhältnismäßig.

(Beifall von der AfD)

Dazu einmal die deutschen Zahlen: Die Deutsche Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie erfasst seit März 2020 in einem Register Kinder und Jugendliche, die stationär aufgrund einer SARS-CoV-2-Infektion behandelt wurden.

Bis zum 2. Mai 2021 waren das ca. 1.400 Kinder und Jugendliche. 71 junge Patienten mussten auf der Intensivstation behandelt werden, acht sind verstorben, wovon sich drei wegen anderer Erkrankungen bereits in einer Palliativsituation befunden haben. Bei insgesamt vier Kindern wurde COVID-19 als Todesursache festgestellt. Vier Kinder sind viel zu viel – da sind wir uns sicher alle einig –, allerdings 4 Kinder von 14 Millionen Kindern in Deutschland, das sind 0,00002 %. Wer sich unter 0,00002 % nicht so recht etwas vorstellen kann, 0,00002 % sind von 100.000 Euro gerechnet 2 Cent, meint Damen und Herren.

Diese Fakten über den Zustand der dänischen Diskussionslage zu Corona, die wir hierzulande einigermaßen prominent nur ab und zu in „Bild“ und „WELT“ lesen, die aber ansonsten in deutschen Medien wie „zufällig“ unter den Tisch fallen, sind die wissenschaftliche Basis für die Entscheidung der – jetzt halten Sie sich gut fest, liebe Kollegen – sozialdemokratischen Regierung Dänemarks.

Liebe Kollegen von der SPD, was sind denn Ihre dänischen Parteifreunde jetzt eigentlich für Sie? Sind das Nazis, sind das Covidioten, oder sind das Aluhüte? Nun, das sozialdemokratische Dänemark folgt dem sozialdemokratischen Schweden. Und die einzige Partei in Deutschland, die in diese Richtung denkt, das sind nicht etwa Sie als SPD, die Herren Laschet und Söder schon gar nicht, es ist auch nicht die FDP, die hier fleißig jedem Lockdown zugestimmt hat, nein, es ist die AfD.

(Beifall von der AfD)

Die Welt ist eben doch ein bisschen komplexer als Ihr „Schwarz-Weiß-Panikmodus“.

Aber so ganz allein sind wir dann auch nicht.

„Diese Coronapolitik ist falsch!“

titelt Deutschlands größte Zeitung.

Und weiter:

„Die Coronapolitik der Bundesregierung hat mit der Realität nichts mehr zu tun!

Seit anderthalb Jahren erzählt uns die Regierung, dass ihre Maßnahmen wirken und Lockerungen gefährlich sind. Beides ist falsch. Die Regierung behauptet, dass Schwedens Corona-Kurs gescheitert sei.

Fakt ist: Seit einem Jahr verläuft die schwedische Todeskurve parallel zur deutschen. Mit dem Unterschied, dass Deutschland sechs Monate im Lockdown war, aber Schweden keinen einzigen Tag.

Doch nahezu alles, womit uns die Regierung Angst macht, wurde von der Realität komplett widerlegt. Dass sie einfach so weitermacht, schadet Deutschland.“

Meine Damen und Herren, klarer geht es nicht.

(Beifall von der AfD)

Das sind Einsichten, die aber leider bis auf einzelne Personen wie Wolfgang Kubicki, der aber die FDP nicht hinter sich hat, oder Sahra Wagenknecht, die die Linken sogar ausschließen wollen, Hubert Aiwanger, den die Freien Wähler gerne kaltstellen möchten, oder Boris Palmer, der ein Ausschlussverfahren

der Grünen gegen sich laufen hat, eben nur von einer Partei, von uns als AfD, aufgenommen werden.

Herr Laschet, auch Ihnen wird doch morgens die Presse vorgelegt. Ich frage mich wirklich: Lesen Sie das eigentlich nicht? Beindruckt Sie das nicht? Oder haben Sie schlicht nicht den Mumm, sich für Maß, Mitte und Vernunft einzusetzen? Sie kommen jetzt mit einem Fünf-Punkte-Plan daher, der die epidemische Lage verlängern will.

> „Die Verlängerung der epidemischen Lage ist aber keine Frage des freien politischen Ermessens, sondern an die Kriterien aus dem Infektionsschutzgesetz geknüpft."

Das sagt Staatsrechtsprofessor Josef Lindner, und er hat damit natürlich recht.

Auch Professor Kingreen sagt klipp und klar:

Die Verlängerung auf Verdacht etwa mit Blick auf die Bundestagswahl und die Zeit danach ist eine sachfremde Erwägung, die keine Rolle spielen darf. Das wäre hochgradig angreifbar. Grundrechtseinschränkungen können nicht von der Handlungsfähigkeit der Politik abhängig gemacht werden.

Meine Damen und Herren, seit über 16 Monaten gilt das. Am Anfang haben wir Ihnen noch einen Vertrauensvorschuss gegeben. Es war verständlich, dass man nicht sofort wusste, wie mit Corona umzugehen ist. Aber dann legten Sie erst ein verfassungswidriges Coronagesetz vor, sagten hü und hott zu den Masken, mit denen CDUler sich eine goldene Nase gedealt haben, und dann schlingern Sie zunächst im innerparteilichen Wahlkampf – den CDU-internen Wahlen geschuldet – und dann ihrer Machtlosigkeit gegenüber Söder, Merkel und Spahn wegen durch die Gegend wie ein Zitteraal.

Sie würfeln – das mussten Sie ja schon zugeben – völlig unwissenschaftlich mit Inzidenzzahlen, begründen vormittags wortreich irrsinnige Bundes-Lockdowns, die Sie dann mittags wieder zurücknehmen. Das war schon wirklich ein denkwürdiger Tag hier im Parlament, meine Damen und Herren.

Eigentlich unentschuldbar ist aber: Anstatt die Risikogruppen zu schützen, wie wir es wieder und wieder gefordert haben, die in den 16 Monaten 80.000 der 90.000 Toten ausmachen, schickten Sie uns alle in einen Lockdown nach dem nächsten. Aber anstatt aus diesem ganzen Wahnsinn jetzt endlich auszusteigen, bleiben auch Sie, Herr Laschet, nur in Nuancen besser als Söder und Spahn auf dem Spielfeld der nachweislich falschen Prämissen und Zielvorgaben der Leute, die nicht Geimpfte, aber negativ Getestete vom Brotkaufen ausschließen wollen.

Herr Laschet, ich frage Sie: Wird Jens Spahn, so Sie denn Bundeskanzler werden sollten, noch eine Rolle spielen? Die Menschen haben die Wahrheit darüber verdient, ob Sie mit diesem Mann noch planen. Oder wird ein Planen mit Spahn so wie Ihr Fünf-Punkte-Plan? Er versucht ja gerade, die Drei-G-Position, also die Gleichstellung von Geimpften, Genesenen und Getesteten, gegen die Zwei-G-Position, die Getestete ausgrenzen will, zu behaupten.

Aber auch Sie wollen die Selbstzahlungen der Tests, die pandemische Lage auf Vorrat und bringen noch dazu keinen eigenen konsistenten Vorschlag für die Parameter.

Ich habe von dieser Stelle wieder und wieder die völlig verfehlte Inzidenzfixierung auseinandergenommen. Das war bis vor Kurzem noch angeblich rechtspopulistisch, jetzt kommt wenigstens, wenn auch viel zu spät, etwas Bewegung rein. Nun aber – und das ist die klare Position meiner Fraktion – geht es nicht mehr darum, sich zwischen der absurden Hetze gegen Ungeimpfte und neuem Lockdown zu entscheiden, sondern darum, sich Corona endlich wieder mit normalen Maßstäben zu nähern.

Und das heißt, Corona wird endemisch oder auf Deutsch: Wir werden mit dem Virus die nächsten Jahre oder gar Jahrzehnte leben müssen, so, wie wir das mit anderen viralen Erkrankungen eben auch tun. Ja, COVID-19 ist keine harmlose Grippe, richtig. Aber Corona ist eben nicht Ebola oder die Pest. Denn nur mal zum Vergleich: Die Pest hat selbst nach zurückhaltenden Schätzungen ein Drittel der Bevölkerung dahingerafft, in Deutschland sind von Corona gerade mal etwas über 0,1 % der Bevölkerung mit einem Durchschnittsalter von 84 Jahren tödlich betroffen. Und davor hätten wir bei richtiger Politik im letzten Winter in den Altenheimen die Masse bewahren können.

Was haben wir uns in den 16 Monaten schon alles anhören müssen, auch beim Impfen! Nach einmal einen Pieks sind wir beim Impfen nun bei alle paar Monate. Geimpfte tragen trotzdem Masken, und Tests, die gestern noch für den Frisör reichten, sind heute ein Werk von Sozialschädlingen, wie ein FDPler sagt.

Wissen Sie, man kann ja mal daneben liegen, gut. Nur etwas geht eben respektive nicht: Was nun wirklich kein Ausweis von Staatskunst und verantwortungsvoller Politik ist, ist, wenn man ständig daneben liegt – aber das mit Inbrunst und gleichzeitiger Beschimpfung derer, die nachweislich richtig liegen.

Ich frage mich: Woher nehmen Sie eigentlich den Anspruch, sich nach all diesen Fehlern und Fehlprognosen noch selbst für unfehlbar zu halten? Nehmen wir die Kanzlerin selbst, an deren Rockzipfel Sie ja hängen. Nur ein paar Beispiele aus den letzten Monaten – Zitat –:

Und es werden jetzt nicht mehr 90-Jährige sein, die in den Krankenhäusern liegen, es werden 50-, 60- und 70-Jährige sein.

So Frau Merkel am 25. März 2021.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Verkündet uns ein Impfdrängler!)

Stimmen tut allerdings: Schon zu diesem Zeitpunkt sank in allen Altersgruppen die Zahl der Coronapatienten in den Krankenhäusern oder blieb stabil.

Oder mal ein Grüner zur Abwechslung:

Das RKI schätzt, dass wir in der Woche nach Ostern eine Inzidenz von 300 haben könnten.

Winfried Kretschmann in einem Brief gemeinsam mit Markus Söder – da haben sich die richtigen beiden getroffen – am 31. März 2021. Fakt ist: In der Woche nach Ostern lag die Inzidenz unter 130.

Und aus Gerechtigkeitsgründen und auch, weil er einfach nicht fehlen darf, noch ein Sozialdemokrat:

Diejenigen, die jetzt auf Intensivstationen behandelt werden, sind im Schnitt 47 bis 48 Jahre alt. Die Hälfte von denen stirbt, viele Kinder verlieren ihre Eltern. Das ist eine Tragödie.

So der unvermeidliche Karl Lauterbach am 16. April 2021.

Die Wahrheit war: Das hat sich Lauterbach schlicht und ergreifend schätzend ausgedacht, nicht mehr und nicht weniger, meine Damen und Herren.

Zum Abschluss noch mal die Kanzlerin:

Die Intensivmediziner senden einen Hilferuf nach dem anderen. Wer sind wir denn, wenn wir diese Notrufe überhören würden?

Fakt ist – das schreibt die „Bild“ –:

Um Corona-Zuschläge zu bekommen, stellten viele Krankenhäuser ihre Intensivbettenbelegung schlechter dar, als sie tatsächlich war. Das bemängelte sogar der Bundesrechnungshof in seinem ersten Bericht zur Corona-Politik der Bundesregierung.

Diese Beispiele sind nur ein sehr kleiner Teil einer ellenlangen Liste von Protesten, Fehleinschätzungen, die halb so wild wären, wenn sie von irgendwelchen No-COVID-Aluhüten kämen. Stattdessen aber sind genau diese Leute in Verantwortung, sitzen in jeder Talkshow, verbreiten Panik und machen noch nach jeder nachweislichen Fehlprognose weiter, als wäre nichts gewesen, kommen wieder in die Talkshow, treten wieder auf, als hätten nur sie recht, und so geht es immer weiter.

Meine Damen und Herren, nachdem die Bundesregierung auf Nachfrage schriftlich antwortete, sie wüsste nicht, welche Maßnahmen geholfen hätten oder nicht, will ich zum Abschluss noch einmal auf Dänemark gucken. Letztlich – so schreibt die „WELT“ – ist nicht die Impfkampagne der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Ländern. Hier ist Dänemark der Bundesrepublik nicht entscheidend weit voraus. Es ist die grundsätzliche politische Entscheidung, wie man ab einem bestimmten Punkt der Impfkampagne priorisiert. Wann ist der Punkt erreicht, an dem die Öffnung im Vordergrund steht und nicht mehr die Beschränkung?

CDU, SPD, Grüne und FDP bringen diesen politischen Willen nicht auf. Sie haben sich in eine völlig eigene Lockdown-Logik verrannt. Bei Ihnen ist die Logik im Dauer-Lockdown.

Anstatt die Menschen immer weiter gegeneinander aufzuhetzen, Kinder gegen Alte, Ungeimpfte gegen Geimpfte, Coronagewinner gegen Coronaverlierer, wäre es besser, endlich mehr Geld in die Erforschung von Medikamenten zu stecken, mit denen sich schwere Verläufe behandeln lassen.

Allerdings gehört zum Leben auch immer ein gewisses Maß an Risiken. Wir müssen wieder lernen, nicht ausschließlich panisch auf ein Risiko zu schauen. Und wir müssen endlich eine Gesamtschau vornehmen: Wie schädlich sind die Nebenwirkungen der Coronamaßnahmen im Hinblick auf andere Krankheiten – für die Bildung, für die Wirtschaft? Die bisherige Einseitigkeit der Betrachtung ist ein Rückschritt für unsere Art zu leben.

Aber unsere Art zu leben, ist nicht länger verhandelbar. Unsere Grundrechte sind nicht länger verhandelbar. Und, Herr Laschet, unsere Freiheit ist nicht länger verhandelbar. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Wagner. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp*), Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Da ich verschiedentlich in der Debatte angesprochen worden bin, möchte ich doch gerne auch an dieser Stelle noch mal Stellung beziehen.

Frau Kollegin Paul – das gilt auch für Herrn Kutschaty –, ich habe nicht von einem Freedom-Day gesprochen wie Boris Johnson, sondern von einem Tag von Freiheit und Eigenverantwortung. Ich habe den 3. Oktober vorgeschlagen und das auch entsprechend begründet, weil bis dahin auch in der Praxis, in der Realität nach den Ferien jeder über Zwölfjährige, der sich impfen lassen möchte und den Schutz verantwortungsvoll wahrnimmt, die Möglichkeit gehabt hat, sich nicht nur zweimal impfen zu lassen, sondern darüber hinaus auch die zusätzlichen zwei Wochen vergangen sind. Ich habe mich gefreut, als ich gehört habe, dass das sozialdemokratische Dänemark genau diesen Weg jetzt geht.

Ich will das an dieser Stelle noch mal sagen: Es geht nicht um die Annahme, dass das das Ende von

Corona wäre, sondern es geht um die Frage, ob das nicht der richtige Zeitpunkt für das Ende staatlicher Bürgerrechtseingriffe ist.

Frau Kollegin Paul, weil ich Sie als sehr differenziert kenne, bitte ich Sie, noch einmal darüber nachzudenken, was Sie hier vorhin gesagt haben. Christof Rasche hat das eben schon angesprochen. Sie haben gesagt, dass, wenn wir diese Maßnahmen zurücknehmen, das – Zitat – ein „Abwälzen von Verantwortung“ wäre. Staatliche Grundrechtseingriffe als „Abwälzen von Verantwortung“! Überlegen Sie mal: Das ist im Kern ein totalitäres Staatsverständnis.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Jetzt reicht es aber! Haben Sie mir gerade totalitäres Staatsverständnis unterstellt? Das nehmen Sie zurück!)

Ich bitte Sie herzlich, noch mal darüber nachzudenken, ob Sie wirklich ein Staatsverständnis vertreten, ...

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das nehmen Sie zurück! Das ist eine Unverschämtheit!)

– Ich möchte Sie bitte, zu überlegen, ob Sie das nicht zurücknehmen,

(Beifall von der FDP)

ob Sie wirklich …

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist Populismus pur! Eine unverschämte Unterstellung!)

Ich würde Sie bitten, selber einmal zu prüfen,

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

ob die Rücknahme von staatlichen Grundrechtseingriffen, die mit diesen Maßnahmen verbunden sind, wirklich ein, wie Sie es gesagt haben, „Abwälzen von Verantwortung“ ist.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das habe ich so gar nicht gesagt!)

Das bedeutet doch in der Konsequenz, dass der Staat den Bürgern Grundrechte wegnehmen soll, damit sie nicht Verantwortung übernehmen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das hat sie doch gar nicht gesagt!)

Das kann doch nicht Ihr Politikverständnis sein.

(Beifall von der CDU und der FDP – Arndt Klocke [GRÜNE]: Unwürdig für einen stellvertretenden Ministerpräsidenten! – Weiterer Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

– Sie mögen das unwürdig finden.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Es ist unwürdig, dass Sie mir totalitäre Tendenzen unterstellt haben! Wo sind wir denn?)

Wir haben hier in einem, wie ich finde, angemessenen Ton miteinander die Dinge besprochen. Ich trage das hier auch in einem angemessenen Ton vor.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Es geht nicht um den Ton, sondern um den Inhalt! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Unruhe – Glocke)

Ich bitte Sie, einfach mal für sich zu überprüfen, ob das tatsächlich Ihre Position ist.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist unparlamentarisch!)

Meine Damen und Herren, wir können insgesamt feststellen – das ist doch etwas, worüber wir uns freuen können –, dass über Gesellschaften hinweg – sogar in unterschiedlichen Kulturen – Gesellschaften bereit gewesen sind, in dieser Pandemie unglaubliche Einschränkungen vorzunehmen, Einschränkungen zu akzeptieren, um Vulnerable zu schützen, um Verletzliche zu schützen, um Risikopatienten zu schützen.

Wir sind jetzt hier, was unsere Gesellschaft angeht, dankenswerter Weise – das ist ein ganz großes Privileg – aufgrund des Impffortschritts in einer veränderten Situation. Mein Eindruck war, dass Sie von SPD und Grünen bei dem, was Sie vorgetragen haben, diesen Impffortschritt die ganze Zeit in Ihrer Argumentation ein Stück ausgeklammert haben. Wir sind nicht in der gleichen Situation wie vor einem Dreivierteljahr, sondern wir haben eine neue Situation, und dafür können wir dankbar sein.

Das heißt nicht, dass alles erledigt ist, sondern es gilt natürlich, weiter sehr genau hinzuschauen. Aber wir müssen an der Stelle auch kritisch reflektieren, dass wir eigentlich, finde ich, hätten erwarten können, wenn diskutiert wird, was man alles in einer bestimmten Zeit macht, dass auch vom RKI einmal formuliert worden wäre, wie denn eine alternative Bewertung des Infektionsgeschehens jenseits einer alleinigen Sieben-Tages-Inzidenz ausgesehen hätte. Wir sind, meine ich, uns alle einig, und es ist von allen hier vorgetragen worden,

(Sven Wolf [SPD]: Außer vom Ministerpräsidenten!)

dass natürlich die Hospitalisierung und dass natürlich auch die Situation auf den Intensivstationen ganz wesentlich sind. Ich denke, hier wäre es gut gewesen, wenn bereits zur heutigen MPK auch aus der Wissenschaft ein entsprechender Vorschlag für eine mögliche Formel vorgelegen hätte.

(Sven Wolf [SPD]: Das waren genau die Worte von Herrn Kutschaty!)

Ich glaube nicht, dass es die Leistung der entsprechenden Politiker hier aus dem Raum sein muss, eine solche Formel zu formulieren, sondern da sollte

es zunächst mal wissenschaftliche Vorschläge geben, die man miteinander erörtern kann.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eine Bemerkung machen, weil mir unterstellt worden ist, ich hätte die Unter-Zwölf-Jährigen in meiner Betrachtung nicht berücksichtigt. Das ist eben genau nicht der Fall. Wir haben ganz genau beobachtet, wie die Situation bei den Kindern nicht nur hier in Nordrhein-Westfalen, sondern in Deutschland insgesamt ist.

Natürlich, Herr Kutschaty, gibt es Fälle von PIMS, es gibt auch ein Restrisiko bei Long COVID, aber wir wissen doch auch, dass es auch Restrisiken bei vielen verschiedenen Kinderkrankheiten gibt, dass es beispielsweise erhebliche Risiken gibt, wenn sich über einen Zeckenbiss eine Borreliose entwickelt. Ich wehre mich dagegen, dass wir aus der berechtigten Situation, dass wir es mit einem unbekannten Virus zu tun haben und wir viele Maßnahmen treffen mussten und in großer Sorge waren, diese Kontinuität der Angst jetzt weiter auf die Kinder übertragen, obwohl es die Fallzahlen in der Praxis nicht hergeben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich habe große Sorge, dass wir mittlerweile mit dieser Angstpolitik bei den Kindern mehr Schäden auslösen

(Zuruf von der SPD: Angstpolitik! Das ist die Wortwahl der AfD!)

als durch das, was ihnen bei einer Coronainfektion droht.

Wenn Sie mir vorwerfen, ich sei nicht wissenschaftlich, dann frage ich Sie, ob die Pädiatrie keine Wissenschaft ist. Sie mögen weiter auf die Untergangsszenarien von Herrn Lauterbach, die er ja mittlerweile in regelmäßigen Abständen in der „Bild“-Zeitung revidieren muss, setzen.

(Ralf Jäger [SPD]: Unfassbar! Was erzählt er da?)

Ich setze auf die Einschätzung der Kinderärztinnen und Kinderärzte in Nordrhein-Westfalen, und damit sind wir in dieser Pandemie gut gefahren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen Satz zum Thema „Luftfilter“ sagen, weil das immer wieder bemüht wird und sich eine Diskussion – auch öffentlich – in einer Dimension verselbstständig hat, die, wenn wir ehrlich sind, so nicht angemessen ist.

Wir wissen, dass das Umweltbundesamt Einschätzungen gegeben und diese auch fortgeschrieben hat. Aber klar ist auch, dass das Umweltbundesamt zu jedem Zeitpunkt gesagt hat, dass in schlecht belüftbaren Räumen diese mobilen Luftfilter eine sinnvolle Ergänzung sein können, aber diese das regelmäßige zentrale Lüften nicht ersetzen können.

An der Stelle, Herr Kutschaty, wäre ich vorsichtig, wenn Sie den stellvertretenden Vorsitzenden der GEW zitieren. Der hat genau die Argumentation bedient, vor der das Umweltbundesamt gewarnt hat, dass man nämlich mit der Verwendung von mobilen Luftfiltern die Notwendigkeit des tatsächlichen Lüftens infrage stellt. Der stellvertretende Vorsitzende der GEW hat nämlich gesagt, wenn jetzt die mobilen Luftfilter nicht flächendeckend da sind,

(Sven Wolf [SPD]: Lüften oder ständig auf? Das ist doch ein Unterschied!)

dann müssen wir auch bei den kalten Temperaturen wieder die Fenster aufreißen.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie den Schutz in den Klassenräumen haben wollen, dann müssen Sie auch bei kalten Temperaturen die Fenster öffnen. Das ist jedenfalls die Empfehlung der Wissenschaft. Dementsprechend würde ich beim Thema „Luftfilter“ nicht solche Dinge an die Wand malen. Das tut unsere Bundestagsfraktion in der Opposition auch gerne, das tut teilweise die CDU als Opposition gegenüber der Ampel in Rheinland-Pfalz.

Ich empfehle Ihnen umgekehrt: Telefonieren Sie mit der von mir sehr geschätzten SPD-Kollegin Hubig aus Rheinland-Pfalz und unterhalten Sie sich mit ihr über die Frage, was Sie mit mobilen Luftfiltern tatsächlich erreichen können. Sie ist wie ich und viele andere, die sich permanent und jeden Tag damit auseinandersetzen, der Auffassung, dass es in bestimmten Räumlichkeiten einen kleinen Beitrag leisten kann, aber natürlich nicht die Auflösung des generellen Problems darstellt, weil in Klassenräumen grundsätzlich weiter gelüftet werden muss.

An dieser Stelle kann ich uns nur ein Stück weit mehr Sachlichkeit empfehlen. Wir setzen uns mit diesen Themen auseinander, wir gehen besonnen mit der Situation um, aber wir werden nicht zulassen, dass es wieder zu Beschränkungen für Kinder und Jugendliche kommt.

Ich will ausdrücklich sagen: Es geht nicht nur um Kitas, es geht nicht nur um Schulen, sondern es geht auch um den Freizeitalltag unserer Kinder. Ich möchte, dass Kinder wieder Kinder und Jugendliche wieder Jugendliche sein können. Die Schäden, die wir haben – von Adipositas über Depressionen bis hin zu vielen anderen unterschiedlichen Krankheiten – stehen in keinem Verhältnis mehr, deswegen werden wir uns weiterhin an die Seite der Kinder und Jugendlichen stellen. Das ist meine Zusage für die Kinder, für die Jugendlichen und für die Familien in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. Sie haben bemerkt, dass eine Kurzintervention von Frau Kollegin Paul, Bündnis 90/Die Grünen, angemeldet wurde. – Wenn Sie sich noch einmal melden, kann ich Ihr Mikro freischalten. – Das Mikro ist frei.

Josefine Paul*) (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Stamp, was Sie mir gerade vorgeworfen haben und dass Sie mich in die Nähe eines totalitären Staatsverständnisses gerückt haben, möchte ich auf das Schärfste zurückweisen, und ich möchte Sie bitten, sich für diese Äußerung zu entschuldigen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde, das ist keine angemessene Art des Umgangs miteinander. Mit der Unterstellung von Demokratiefeindlichkeit sollte man unter Demokratinnen und Demokraten, gerade in sehr aufgeheizten und zugespitzten Zeiten, sehr vorsichtig sein. Ich fand Ihre Äußerung, bei aller vielleicht berechtigten inhaltlichen Kritik, die Sie haben, in dieser Art und Weise unangemessen und kann sie mir gegenüber auch nicht nachvollziehen.

Sie wissen genau, was ich mit der Frage nach staatlicher Verantwortung gemeint habe: Es geht darum, Kinder und Jugendliche zu schützen, und es geht darum, gemeinsam dafür zu sorgen, einen Schutzkokon um sie herum aufbauen zu können. Ich habe damit keinesfalls in irgendeiner Art und Weise das mir von Ihnen unterstellte Verständnis von Staat dargestellt. Das wissen Sie auch, und ich hoffe, dass Sie die Äußerungen, die Sie hier gerade getätigt haben, zurücknehmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Herr Minister, Sie haben Gelegenheit zur Antwort.

Dr. Joachim Stamp*), Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Paul, ich habe einleitend gesagt, dass ich Sie so auch nicht kenne und dass ich Respekt Ihnen gegenüber habe.

(Zuruf von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Ich erlebe Sie immer als angriffslustige, aber stets gut vorbereitete und – auch wenn wir in vielen Punkten unterschiedliche Auffassungen haben – durchaus sachkompetente Kollegin. So empfinde ich es. Ich habe das nicht zu beurteilen, die Wählerinnen und Wähler werden beurteilen, ob Sie sachkompetent sind oder nicht, aber ich empfinde es so.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Trotzdem bleibe ich dabei, dass ich Sie herzlich bitten möchte, zu überprüfen, ob es wirklich Ihrem Staatsverständnis entspricht, zu sagen: Wenn staatliche Grundrechtseingriffe zurückgenommen werden, ist das ein Abwälzen von Verantwortung. – Das haben Sie hier gesagt. Jetzt haben Sie gesagt, dass Ihnen jedes totalitäre Denken fernliege. Ein solches würden ich Ihnen ja auch nicht in Gänze unterstellen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sie haben mir das unterstellt! Entschuldigen Sie sich dafür!)

– Nein, das habe ich nicht.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Und Sie haben es gerade wiederholt!)

– Das habe ich nicht, das werden Sie im Protokoll nachlesen können. Vielmehr habe ich Ihnen gesagt, dass Sie sich überlegen sollten, ob das, was Sie hier formuliert haben, nicht eigentlich einem totalitären Staatsverständnis entspricht. Ich denke, es lohnt sich, darüber nachzudenken und zu diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Sarah Philipp [SPD]: Jetzt haben Sie es noch einmal wiederholt oder wie? – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor. – Das bleibt auch so, dann können wir die Aussprache zur Unterrichtung der Landesregierung schließen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/14797. Wer dieser Entschließung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU-, FDP- und AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Entschließungsantrag** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der relativ kurzen Sondersitzung angekommen, die ich hiermit schließe. Ich wünsche Ihnen allen einen guten restlichen Arbeitstag.

Schluss: 11:06 Uhr

---

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.